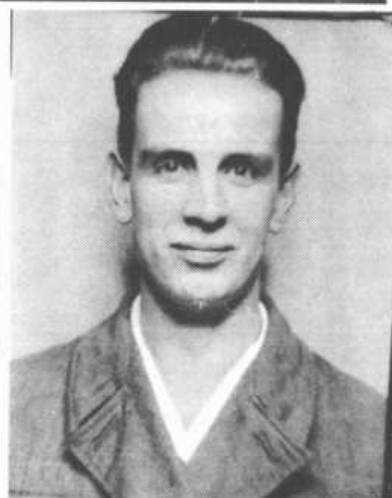


Lebensläufe



oben links: Otto Auhagen; oben rechts: Philipp Scheidemann als Schriftsetzer (zweiter von links) in der Druckerei Altmüller/Marne (ca. 1890); 2. Reihe links: Heinrich Kürbis; 2. Reihe Mitte: Gertrud Völcker und Emma Drewantz (ca. 1930); 2. Reihe rechts: Adolf Buhrke (ca. 1925); unten links: Hugo Otto Zimmer (ca. 1925); unten Mitte: Walter Hohnsbehn (1938); unten rechts: Marius Tofte.

Otto Auhagen (1896–1961)

Otto Auhagen wurde am 17. Februar 1896 in Hamburg geboren. Er entstammte einer sozialdemokratischen Familie, sein Vater – ein Volksschullehrer – war seit 1889 Mitglied der SPD.

Der junge Auhagen besuchte von 1902 bis 1910 in der Hansestadt die Volksschule und war bereits als Schüler in der Hamburger Arbeiterjugendbewegung politisch aktiv. Offenbar am Berufsbild seines Vaters orientiert, durchlief Otto Auhagen ab 1910 das Lehrerseminar. Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde er sogleich Soldat und wurde zweimal verwundet. Unmittelbar nach seiner Entlassung vom Militär trat er – wohl unter dem Eindruck der Novemberrevolution – am 18. Dezember 1918 der SPD bei.

1919/20 leitete Auhagen im Hamburger Stadtteil Hamm den Arbeiterjugendbund, war in der Hansestadt an der Niederschlagung des Kapp-Putsches (März 1920) beteiligt und betätigte sich an führender Stelle in dem Verband „RRH“ (Rote Radler Hamburg?), einer Vorläuferorganisation des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Später wurde er Mitglied im Reichsbanner, ohne allerdings eine herausragende Stellung einzunehmen.

In den Jahren der Weimarer Republik engagierte Auhagen sich als Referent der SPD in Hamburg und im Bezirk Nordwest. Im Zuge der Wiederbewaffnung wurde er als Reserveoffizier zu einer militärischen Übung nach Neumünster eingezogen und in Munsterlager (Lüneburger Heide) vor den angetretenen Mannschaften aufgrund seiner sozialistischen Weltanschauung degradiert.

Von 1931 bis zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten war er Leiter des SPD-Distrikts Hamburg-Fuhlsbüttel und führte gleichzeitig die Pionierorganisation der Partei in den Stadtteilen Fuhlsbüttel, Langenhorn, Ohlsdorf, Klein Borstel und Alsterdorf. Beruflich war Auhagen in dieser Zeit als Lehrer tätig – von 1918 bis 1923 an der Volksschule und von 1923 bis 1933 an der Polizeischule; er war in der „Freigewerkschaftlichen Beamten- und Angestelltenvereine“ organisiert.

Während der Nazidiktatur wurde Auhagen auf der Grundlage des Paragraphen 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums aus seiner Lehrerstellung entfernt. Um der Verfolgung durch die Gestapo zu entgehen – so seine Begründung – siedelte er in das Dorf Henstedt, heute ein Ortsteil der Gemeinde Henstedt-Ulzburg im nördlichen Hamburger Umland, über.

Er begann eine weitere Berufsausbildung als Kaufmann und Ingenieur und machte sich 1940 selbständig, kurz nachdem er wieder nach Hamburg übergesiedelt war. Nach der Zerstörung der Stadt durch Fliegerbomben ließ er sich 1943 erneut in Henstedt nieder.

Der Naziherrschaft setzte er nach eigenem Bekunden Widerstand entgegen; er habe von seinem Bruder illegale Druckschriften erhalten und diese verteilt. In politischer Haft bzw. offenkundig verfolgt war Otto Auhagen allerdings nicht.

Während des Zweiten Weltkriegs war er zweimal (1940 und

1944/45) für einige Monate Soldat und befand sich kurzzeitig in sowjetischer Kriegsgefangenschaft.

Noch vor der offiziellen Zulassung der SPD durch die britischen Besatzungsbehörden trat er am 15. September 1945 wieder der Partei bei. Er bekleidete in den ersten Jahren nach 1945 zahlreiche führende kommunal- und parteipolitische Ämter im Kreis Segeberg: Er war der erste Nachkriegsvorsitzende des SPD-Kreisverbandes Segeberg, Kreistagsabgeordneter und stellvertretender Landrat, Bürgermeister in Henstedt sowie Verbindungsmann zwischen der britischen Militärregierung und den deutschen Behörden. In dieser Eigenschaft erteilte er z. B. den Gemeindevertretungen verbindliche Anweisungen der Besatzungsmacht. Zudem war Auhagen Mitglied der Arbeiterwohlfahrt, ohne hier eine Funktion auszuüben.

Auhagen blieb politisch aktiv, bis er 1953 erneut nach Hamburg umzog, wo er für verschiedene Industrieunternehmen tätig war. Otto Auhagen starb am 14. Juli 1961 in seiner Heimatstadt Hamburg.

Gerhard Braas

Ernst Behrens (1878–1970)

Das Leben von Ernst Behrens war der niederdeutschen Dichtung gewidmet. Es war in der niederdeutschen Landschaft, dem Leben und der Sprache ihrer Menschen begründet. Dieses Leben war zugleich eng mit der Sozialdemokratie und deren wechselvollen Schicksal zwischen Weimar und Bonn verbunden.

Ernst Behrens wurde am 5.11.1878 in Glückstadt, der Stadt hinter dem Elbdeich, als ältestes von neun Kindern geboren. In seinem Geburtshaus, dem früheren „Hoff to Kopenhagen“ am Marktplatz, waren einst die dänischen Könige abgestiegen, als sie aus Glückstadt in Konkurrenz zu Hamburg noch eine Großstadt machen wollten. Ernst Behrens Vater betrieb eine Eisenwarenhandlung, seine Mutter stammte aus einer alten Bauernfamilie. Nach größeren Geldverlusten infolge einer Sturmflut zog die Familie Behrens nach Elmshorn. Ernst Behrens absolvierte dort eine Banklehre und arbeitete später beim Amtsgericht, der Sparkasse und schließlich der Stadtverwaltung, wo er 20 Jahre lang als Stadtrevisor wirkte.

In diese Zeit fällt auch der Eintritt in die SPD, wie in den Lebenserinnerungen von Ernst Behrens nachgelesen werden kann:

„1918, bün ick Sozi worrn. Worüm? Dor kunn ick ok een ganzen Roman öber schrieben. De Sozis harrn no 1918 de Bobenhand in den Magistrat un hebbt denn ok de städtischen Arbeiter ganze twee Penn de Stunn an Lohn mehr geben, abers ok noch een Pangschonskass för de städtischen Arbeiter opbaut, wo se bi teinjährige Deensttiet rund twintig Mark to ehr Rente kregen un för jedes widere Johr twee Mark mehr. As se denn abers bi een anner Wahl de Mehrheit in den Magistrat verleern dehn, leep man in den Magistrat Storm gegen de twee Penn de Stunn un ok gegen de Pangschonskass, wo de Arbeiter een

Drittel süllm mit tobeta'n dehn. Dat geev mi den eersten Knax gegen de Herrn in den Magistrat, de so unsozial dachen. As ick denn – ick weer jo to de Tiet Stadtrevisor in Elmshorn – 'n beten mehr Gehalt hemm wull, wo ick süß Kinner un een kranke Froo harr, do hebbt mi twee Herrn ut'n Magistrat seggt, de sik wull al beroken harrn: 'Wenn Se ni mit Ehr Gehalt tofreden sünd, denn möt Se sik üm een annern Posten bewarben! Wi könnt noog Lüüd för dat Geld, wat Se kriegt, kriegen!' Bumms weer ich buten.“

Das hinderte Ernst Behrens allerdings nicht, als Vertreter der Elmshorner Arbeitnehmerschaft und der Sozialdemokratie ein paar Jahre später in den Magistrat der Stadt einzuziehen.

Neben dem politischen Engagement stand zu dieser Zeit jedoch schon die eigentliche Lebenspassion von Ernst Behrens: die niederdeutsche Dichtung und das niederdeutsche Schrifttum. Die Anregung zur literarischen Betätigung kam für Ernst Behrens von einem Kriegskameraden, dem die schöne und ausdrucksstarke plattdeutsche Sprache auffiel, wenn Ernst Behrens Erlebnisse erzählte. Aus Feldpostbriefen entstand dann auch seine erste Sammlung niederdeutscher Geschichten und damit sein erstes Buch *„Achtern Elvdiek“* (1922). In dichter Folge, die für die Schaffenskraft und die ruhige stetige Arbeit von Ernst Behrens eindrucksvolle Belege sind, schlossen sich weitere Werke an. 1930 kam dann zu Erzählungen sein erstes Drama hinzu. *„Een vun de Landstroot“* wurde im selben Jahr mit großem Erfolg im Kieler Schauspielhaus uraufgeführt, später auch als Hörspiel gesendet. Weitere Schauspiele folgten.

Bei der bemerkenswerten Vielseitigkeit im dichterischen Schaffen von Ernst Behrens entstanden in späteren Jahren darüber hinaus mehrere Romane, von denen besonders *„Am großen Strom“* (1948) hervorzuheben ist. Insgesamt konnte Ernst Behrens auf 28 Bände an hoch- und niederdeutscher Prosa und Lyrik zurückblicken. Seine Popularität war dabei nicht zuletzt in den humorvollen und feinsinnigen kleinen Erzählungen und Gedichten begründet, die über das Buch, aber auch bis in die Gegenwart durch häufige Zeitungsabdrucke und immer wieder gern gehörte Rezitationen in Heimat- und Kulturvereinen eine weitere Verbreitung gefunden haben und weiter finden werden.

In sozialdemokratischen Kreisen erhielt sein Gedicht *„De Sozi“* eine besondere Verbreitung. Die letzte Strophe kann auch als politisches Vermächtnis von Ernst Behrens verstanden werden:

„Den Freden will he, Leev un Sünn För Minschen op de Eer hier ünn. Will, dat de Minschen Minschen sünd Un sik as Minsch tohopenfindt! Will stüern all de Sorg un Not! Dat is sin Weg mit Hart un Bloot. Dat is't, wat em so hillig is. Dat heet bi em: Sozialist!“

Aus dieser Geisteshaltung heraus war es denn auch nur zwangsläufig, daß die Nationalsozialisten den Elmshorner SPD- Stadtrat und kritischen Geist 1933 inhaftierten, ins Gefängnis nach Glückstadt überführten und über ihn ein mehrjäh-

riges Verbot verhängten, in seinen Heimatort zurückzukehren. Bis 1938 lebte er im „Alten Land“ jenseits der Elbe, bevor er dann nach kurzem Zwischenaufenthalt in Rissen 1938 die in Kolmar erworbene, über 200 Jahre alte Strohdachkate „Achtern Elvdiek“ beziehen konnte.

1950 zog Ernst Behrens dann erneut nach Elmshorn, wo er und seine Frau Emmi das Haus „Elveshörn“ errichteten. Die Eheleute pflegten hier bis zum Tode des Heimatdichters 1970 ein reges kulturelles Leben. Ernst Behrens blieb auch hier seinem Grundsatz treu, ein offenes Haus zu führen und hatte viele Freunde aus Kultur und Politik zu Gast.

Daß sich hier ein langes, intensives Leben erfüllte, wurde für Ernst Behrens noch zu seinen Lebzeiten durch zahlreiche Anerkennungen und Ehrungen deutlich. Er wurde mit der ersten von der Stadt Elmshorn verliehenen Silbermedaille und dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet. Heute tragen Straßen in Elmshorn, Uetersen und vielen anderen Orten seiner Heimat den Namen von Ernst Behrens und zeugen davon, daß man ihn nicht vergessen hat.

Ernst Dieter Rossmann

Adolf Buhrke (1908–1978)

„Buhrke ist einer der übelsten Marxisten, die es jedenfalls im Landesteil Lübeck gegeben hat...“¹

Diese im Dezember 1933 von dem nationalsozialistischen Regierungspräsidenten in Eutin Johann Heinrich Böhmcker aufgestellte „Ehrenbezeugung“ für Adolf Buhrke, der zu diesem Zeitpunkt als „Schutzhäftling“ im Ahrensböcker Konzentrationslager des damaligen Landesteils Lübeck saß, deutet auf die Einschätzung der politischen Wirkung des Jungbannerführers in den vorangegangenen Jahren hin. Buhrke war zweifellos unter Sozialdemokraten der energischste und tatkräftigste Gegner des aufsteigenden Nationalsozialismus in der Eutiner „Hochburg“ der NSDAP. Darüber hinaus stellt seine Karriere als SPD-Mitglied – er gehörte der Partei über ein halbes Jahrhundert an, als er 1978 verstarb – ein geradezu paradigmatisches Beispiel für das Hineinwachsen eines jungen Menschen in die deutsche Arbeiterbewegung jener Epoche dar. Auch deshalb verdient das Andenken an den aufrechten Demokraten Adolf Buhrke wachgehalten zu werden.

Geboren wurde Buhrke am 11.4.1908 als eines von acht Geschwistern einer Arbeiterfamilie in Neumünster. Dort ging er bis 1922 zur Schule, mit einer Unterbrechung als landwirtschaftliche Hilfskraft am Ende des Weltkrieges. Angesichts seiner späteren Laufbahn ist es beeindruckend, daß er insgesamt nur fünf volle Jahre Unterricht erhielt. Zwischen 1922 und 1925 arbeitete er wiederum auf dem Lande sowie in einer Lederfabrik seiner Heimatstadt. Mit dem gleichzeitigen Eintritt in die sozialistische Jugendbewegung und ebenfalls in die SPD setzte aber ein Wendepunkt im Leben Adolf Buhrkes ein. Er begann ein umfangreiches Programm der Selbstbildung auf Gebieten wie Literatur, Soziologie und Geschichte, daß ihm

¹ Zitiert in einem Schreiben des Hamburger Rechtsanwalts Dr. P. Nevermann an Frau Käthe Buhrke, 9.12.1933 (Privatpapiere von Adolf Buhrke).

Anfang 1926 eine Einstellung als Erzieher in einem Neumünsteraner Kinderheim brachte. Zwei Jahre später entschloß er sich, statt das Abitur nachzuholen, sich auf dem sozialpolitischen Seminar (Abteilung Wohlfahrtsschule) der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin als Fürsorger ausbilden zu lassen. Er bestand 1930 die Prüfung, fand aber in der sich rapide verschlechternden Wirtschaftslage keinen Dauerposten in seinem neuen Beruf.

Deshalb ließ er sich aushilfsweise als Berichterstatter sowohl der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ als auch des „Lübecker Volksboten“ anheuern und siedelte im April 1931 nach Eutin über. Dort sollten ein sozialdemokratischer Buchladen und Lesesaal unter seiner Leitung eröffnet werden, die allerdings ebenfalls Opfer der Krise wurden. Stattdessen schrieb er regelmäßig Artikel für die beiden SPD-Blätter über die zunehmend verwirrenden politischen Verhältnisse im oldenburgischen Ostholstein, wo die NSDAP Ende 1930 schon 45% (in Eutin selber sogar knapp die Mehrheit) der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte. In dieser für die Sozialdemokratie beinahe aussichtslosen Lage fing Adolf Buhrke 23jährig eine Betätigung als Kommunalpolitiker an. Sie brachte ihm schnell den Haß der Nationalsozialisten vom Schläge des bulligen SA-Führers Böhmecker ein, der 1933 Buhrkes Pressebeiträge „*geradezu skandalös*“ nannte,² und trug schließlich mit zu seiner Inhaftierung im „Dritten Reich“ bei.

Was hat nun im Einzelnen zu dieser „Auszeichnung“ von Buhrke geführt?

Buhrkes Ankunft in Eutin fiel mit der heiß umkämpften Wahl zum Oldenburger Landtag am 17.5.1931 zusammen, bei der die vom kleinstädtischen Bürgertum sowie der Bauernschaft überlaufene NSDAP einen weiteren Siegestriumph erwartete. Buhrke stürzte sich sofort in die Schlacht, indem er im „Volksboten“ die für die Belange der Nationalsozialisten und anderen Feinde der Republik eintretenden Pastoren der Landeskirche Eutins geißelte („*Landesprobst Kiekbusch macht in Politik*“).³ Zwar erreichte die Hitlerbewegung diesmal ihr Ziel nicht, und dem Freistaat blieb vorerst noch die braune Diktatur erspart. Die Sozialdemokraten waren jedoch gewarnt, daß es nunmehr galt, alle propagandistisch wirksamen Möglichkeiten der öffentlichen Meinung auszuschöpfen.

Dazu zählte – um auch die Loyalität der eigenen Gefolgschaft zu festigen – neben der Berichterstattung in der Parteipresse, zu der Buhrke hauptsächlich Artikel über Begebenheiten in der Stadt- und Landespolitik beisteuerte, in erster Linie das entschlossene Auftreten der überwiegend von SPD-Anhängern bemannten Schutzorganisation „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“. Buhrke gehörte diesem bereits seit 1930 an; und es lag nahe, nicht zuletzt wegen seines beruflichen Werdegangs, ihn als Leiter der Eutiner Jugendabteilung einzusetzen. Die örtliche Gruppe des „Jungbanners“ umfaßte rund 50 Mitglieder im Alter bis Mitte 20, die unter Buhrkes „*kameradschaftlicher*“ Führung Sport, Wanderungen und Radfahrten unternahm.⁴ An ausgesprochen politischen Demonstrationen –

² Ebenda. Vorangehende biographische Angaben entstammen zwei Interviews, die Adolf Buhrke dem Verfasser am 14. und 21.1. 1975 in Hamburg gewährte.

³ Lübecker Volksbote (LVB), 19.5.1931; nachgedruckt in L. D. Stokes: Kleinstadt und Nationalsozialismus. Ausgewählte Dokumente zur Geschichte von Eutin 1918-1945, Neumünster 1984, S. 651f.

⁴ Interview mit Werner Lucau, Eutin, 11.5.1984; auch Stadtarchiv Eutin (SAE), Nr. 3238.

Umzügen, Wahlveranstaltungen u. dergl. – beteiligte sie sich ebenfalls an der Seite der Erwachsenenformation. Sowohl für die gesamte Sozialdemokratie Eutins als auch für Adolf Buhrke persönlich geriet im November 1931 ein solches Ereignis zu einer schicksalhaften Tragödie.

Es handelte sich um den bei einer Straßenschlacht zwischen Reichsbannerangehörigen und Nationalsozialisten durch Messerstiche von unbekannter Hand verursachten Tod des SS-Mannes Karl Radke. Obwohl die Abordnung des Jungbanners mit Buhrke an der Spitze nicht in das wilde Handgemenge verwickelt wurde, das den Abschluß eines zur Erinnerung an die Revolution von 1918 gehaltenen Umzuges bildete, wurde er selber von dem NS-Ortsgruppen- und Kreisleiter Dr. Wolfgang Saalfeldt beschuldigt, durch seine kompromißlose antifaschistische Haltung innerhalb des Reichsbanners für das gräßliche Ableben Radkes mitverantwortlich gewesen zu sein. Außerdem warf man Buhrke – zu Unrecht – vor, er habe die von Mitgliedern der Schutztruppe am Abend der Bluttat unerlaubterweise getragenen Hieb- und sonstigen Waffen (womöglich darunter die bei der Tötung von Radke verwendete) beiseite geschafft. Solche lautstark in der Presse und auf Kundgebungen wiederholt vorgebrachten Anschuldigungen führten dazu, daß Buhrke Morddrohungen erhielt und die Stadt zeitweilig verlassen mußte, nachdem die örtliche Polizei seine Sicherheit nicht mehr gewährleisten konnte. Da der Täter aller Wahrscheinlichkeit nach zum Reichsbanner zählte, woran der Propagandaapparat der NSDAP die Bevölkerung unablässig und geschickt erinnerte, erlitt die SPD einen nie wiedergutzumachenden Verlust an politischer Sympathie, zumal sich die gesamte Eutiner Parteileitung, um dem wachsenden nationalsozialistischen Terror zu entgehen, überstürzt nach Kiel absetzte. Es half auch nicht, daß ohne Buhrkes Wissen eine Anzahl von bewaffneten Reichsbannerleuten aus Lübeck zur Unterstützung ihrer bedrängten Kameraden nach Eutin beordert wurden, wo sie prompt festgenommen und vom Schnellgericht zu empfindlichen Gefängnisstrafen verurteilt wurden.⁵

Als Buhrke, jetzt mit einer von dem zur Untersuchung des Todesfalls in Schleswig-Holstein weilenden Reichsbannerbundesvorsitzenden Karl Höltermann bereitgestellten Pistole – die er aber nie benutzte – ausgestattet, nach acht Tagen Eutin wieder aufsuchte, um seine Pflichten als Reporter nachzugehen, erwartete ihn eine Überraschung: Die nationalsozialistische Stadtratsfraktion versuchte, ihn von Sitzungen des Gemeindeparlaments auf Grund seiner angeblich von „*sinnentstellenden Lügen*“ gekennzeichneten Zeitungsberichte auszuschließen. Erst nach Beschwerden der SPD beim Reichsinnenminister Wilhelm Groener sowie dem Eingreifen des oldenburgischen Staatsministeriums wurde die zweimalige polizeiliche Entfernung von Buhrke aus dem Tagungsraum für verfassungswidrig erklärt. Nichtsdestotrotz bekam er keine amtliche Pressekarte von dem nunmehr NS-hörigen Magistrat ausgehändigt, so daß er fortan vom Zuschauerplatz aus den Verhandlungen folgen mußte.⁶

⁵ Siehe L. D. Stokes: Der Fall Radke. Zum Tode eines nationalsozialistischen „Märtyrers“ und die Folgen in Eutin, in E. Hoffmann und Peter Wulf (Hrsg.): „Wir bauen das Reich“. Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, Neumünster 1983, S. 41-72.

⁶ Ebenda, S. 59f.; auch Stokes: Kleinstadt und Nationalsozialismus, S. 235, 239.

Eine besondere Zielscheibe von Buhrkes publizistischen Angriffen waren die Mißstände in der Verwaltung der Eutiner Jugendherberge, die von einem zur NSDAP gehörenden Rats Herrn geleitet wurde. Dieser maßte sich an, aus dem dort provisorisch untergebrachten sog. „Ledigenheim“ für männliche Erwerbslose die Anhänger sozialdemokratischer Organisationen bloß deswegen zu entfernen oder sie ansonsten zu schikanieren; wofür Buhrke in der „Volkszeitung“ die Einrichtung als „SA- Kaserne“ apostrophierte: „Wir werden nicht müde werden“, führte er weiterhin aus, „die wahren Schuldigen, die Eutin als ihre Domäne, als ihr 'Drittes Reich' in Miniatur ansehen, immer wieder vor der Öffentlichkeit anzuprangern.“ Das Ergebnis war, daß die auf ihre politische Neutralität bedachte Landesleitung Nordmark des Herbergswesens die Arbeitslosenstätte schloß und den nationalsozialistischen Vorsteher an eine unparteiische Handhabung seines Hausrechts erinnerte.⁷

Solche Augenblickserfolge konnten weder den stetigen Zuwachs der NSDAP in Ostholstein beeinflussen noch zu Buhrkes eigenen Sicherheit beitragen: er wurde einmal nachts beim Verlassen einer Parteiveranstaltung von einer Horde lärmender Nationalsozialisten verfolgt und mit Faustschlägen und Fußtritten bedacht. Diese Einschüchterung des inzwischen zum geschäftsführenden Vorsitzenden des Reichsbanners in Eutin avancierten Buhrke – tatsächlich befehligte er nunmehr die Formation, obwohl er zu jung war, um diese Stelle nach außen hin zu bekleiden – erreichte ihren Zweck keineswegs. Er schrieb weiterhin Aufsätze und Notizen für die sozialdemokratische Presse, die die Anhänger Hitlers zur Weißglut trieben – beispielsweise als er den 1923 von der französischen Besatzungsarmee im Rheinland standrechtlich erschossenen nationalsozialistischen „Freiheitshelden“ Albert Leo Schlageter kurzerhand zum „Separatistenführer“ abstempelte. Dennoch waren Zeitungsartikel allein schwerlich geeignet, den Gang der Geschichte umzustoßen, besonders da die Eutiner Sozialdemokratie keine große Neigung zeigte, der NSDAP – wie vor der Radke-Affäre – offensiv zu begegnen (Buhrkes Versuch, eine Änderung dieser überwiegend passiven Politik durch Auswechslung der Parteileitung zu erreichen, wurde offensichtlich kein Erfolg beschieden).⁸

So kam es, daß mit der Wahl in Oldenburg am 29.5.1932 ertmalig eine rein nationalsozialistische Landesregierung die Macht übernahm. Sie ernannte einen von Buhrkes gefährlichsten Widersachern, J. H. Böhmcker, zum Präsidenten der Eutiner Verwaltung. Als dieser aber Mitte Juli seine Dienstgeschäfte antrat und mit der jetzt amtlichen Verfolgung aller Gegner seiner Partei begann, gelang es Buhrke, im noch sozialdemokratischen Altona eine Anstellung als Fürsorger zu bekommen. Dort holte ihn ein Jahr später aber seine unerschrockene Haltung der NSDAP gegenüber während seiner Eutiner Zeit ein.

Am 8.9.1933 wurde Adolf Buhrke an seiner Arbeitstelle beim Altonaer Jugendamt von der Staatspolizei im Auftrag des

⁷ Ebenda, S. 243ff. und die Dokumentation in SAE, Nr. 891; auch Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, 5.12.1931 und 20.2.1932.

⁸ Ebenda, 22.1.1932; LVB, 26.5.1932; Interview mit Buhrke, 21.1.1975; Stokes: Kleinstadt und Nationalsozialismus, S. 324f.; und derselbe: Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Eutin während der Weimarer Republik, in: R. Paetau und H. Rüdell (Hrsg.): Arbeiter und Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein im 19. und 20. Jahrhundert, Neumünster 1987, S. 365-385.

kommissarischen Bürgermeister Eutins in „Schutzhaft“ genommen: Er sollte „wegen seiner früheren hetzerischen Tätigkeit“ („er war ein fanatischer Anhänger der SPD, er bekämpfte alles, was gegen seine Partei war mit erlaubten und unerlaubten Mitteln“) in das dortige Konzentrationslager überführt werden. Die Festnahme erfolgte im Zusammenhang mit der Aufklärung des Todes von Karl Radke und auf Grund einer Denunziation durch einen früheren Reichsbannerangehörigen, der inzwischen zur SA übergetreten war. Nicht nur sollte Buhrke „die Hauptschuld mit an den politischen Schlägereien in Eutin“ tragen, da er „die Reichsbannerleute zu Gewalttätigkeiten gegen die SA“ aufhetzte (so der Denunziant), sondern auch am 9.11.1931 sämtliche Schlag- und Stichwaffen der republikanischen Schutztruppe in den Großen Eutiner See geworfen haben. Es gelang Buhrke, letztere Anschuldigung weitgehend zu entkräften; auch die Vernehmung anderer Reichsbannerführer förderte kein zusätzliches Belastungsmaterial gegen ihn zutage. Trotzdem mußte er fast sechs Monate in Haft verbringen. Er wurde an verschiedenen Orten des Landesteils bei Waldarbeit, Straßenbau u. ä. m. eingesetzt. Im Gegensatz zu manchen Gefangenen des Böhmerischen KZ erlitt Buhrke keine Mißhandlungen, abgesehen von der gesundheitlich schädigenden Unterbringung auf einer Baustelle in Nüchel. Er brauchte auch nicht in der Gerichtsverhandlung im November 1933 aussagen, als ein – möglicherweise – Unschuldiger für die Tötung Radkes verurteilt wurde (Buhrke meinte, die Nazis fürchteten, daß er ihre Beweisführung zu leicht erschüttert hätte). Anfang März 1934 kam er endlich frei, und zwar durch Einspruch des Landesarztes infolge einer schweren Bronchitiserkrankung. Er mußte allerdings versprechen, eine Summe für seine Verpflegung im Lager nachzureichen; in Altona wieder angekommen aber ließ er die diesbezüglichen Mahnschreiben des Eutiner Gestapoleiters unbeantwortet und blieb dennoch unbehelligt.⁹

Buhrkes Mißachtung jener Zudringlichkeiten konnte er mit seinen trostlosen wirtschaftlichen Umständen durchaus rechtfertigen. Er verlor nämlich seinen Arbeitsplatz sofort nach der Inhaftierung und blieb auch jahrelang ohne reguläre Beschäftigung – ein schweres Los für den Familienvater, der eine Frau und ein Kleinkind (1940 wurde der zweite Sohn geboren) zu versorgen hatte. Für nur 18 Monate durfte er als Sozialhelfer bei der Hamburgischen Gesellschaft für Wohltätigkeit arbeiten, entschloß sich dann aber, auf einen politisch weniger exponierten Beruf umzuschulen und fand auf diese Weise einen Posten als technischer Zeichner in Ohlsdorf, wo er Grabsteine entwarf, bis er nach Kriegsausbruch Soldat wurde. Abgesehen von einem Kurzurlaub 1943 kehrte Adolf Buhrke erst neun Jahre später – wovon vier in russischer Gefangenschaft verbracht wurden – zu seiner Familie zurück. 1949 nahm er wieder eine Stellung beim Bezirksjugendamt Altona an, dessen Vortester er von 1959 bis zu seiner Pensionierung blieb. Auch in der SPD-Parteiarbeit war er als Wohnbezirks- und Distriktleiter aktiv, bis die Krankheit, die schließlich am 29.5.1978 zu seinem Tode führte, dies nicht mehr erlaubte.¹⁰

⁹ Siehe die Dokumentation im Landesarchiv Schleswig-Holstein, 352/463. Aktennotiz des Kriminal-Bezirkssekretärs Schmidt, 8.9.1933, und 355/266, Gefangenen-Verzeichnis des Amtsgerichtsgefängnisses Eutin 1933-1935, Nr. 153 und 373; auch SAE, Nr. 3482; Anzeiger für das Fürstentum Lübeck, Eutin, 12. und 22.9.1933; Briefe von Buhrke an seine Frau, 13.9., 8. und 28.11.1933 (Privatpapiere) sowie Interview mit dem Verfasser, 14.1.1975; Stokes: Der Fall Radke, S. 70, 72; derselbe: Kleinstadt und Nationalsozialismus, S. 528f., 553, 557; und derselbe: Das Eutiner Schutzhaftlager 1933/34. Zur Geschichte eines „wildem“ Konzentrationslagers, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 27 (1979), S. 570-625.

¹⁰ Schreiben des Altonaer Magistrats an Hilfsfürsorger Adolf Buhrke, 11.9.1933 (Privatpapiere); und Grabrede von Konrad Hoffmann zu Ehren Buhrkes am 26.6.1978 auf dem Friedhof Blankenese in Sülldorf (dem Verfasser von Frau Buhrke zur Verfügung gestellt).

¹¹ Interview mit Buhrke, 21.1.1975; und Stokes: Kleinstadt und Nationalsozialismus, S. 983.

Das „Dritte Reich“ kostete also diesen wackeren Gegner des Nationalsozialismus gut eineinhalb Jahrzehnte seines Lebens. In späteren Jahren bereute Adolf Buhrke, daß das Reichsbanner 1933 der Machtübernahme Hitlers nicht mit offener Gewalt begegnet war. Dafür wären seiner Meinung nach die Einheiten in Lübeck, Hamburg und anderswo ausgebildet und bereit gewesen. Freilich: Eine solche Erhebung hätte sehr viel Blutvergießen verursacht, und wenn die Reichswehr sich entgegengestellt hätte, wäre Widerstand von vornherein doch zum Mißerfolg verdammt worden.¹¹ Es entsprach aber Adolf Buhrkes Verständnis von einer streitbaren Demokratie, daß er befürwortete, sich auch unter widrigsten Umständen für Freiheit und gegen Unterdrückung einzusetzen. Sein Leben stellt deshalb ein Vermächtnis für die deutsche Sozialdemokratie dar.

Lawrence D. Stokes

Adolf Drobe (geb. 1894)

Adolf Drobe und Richard Hansen (der „Reichsbanner-General“) waren ein Gespann. So verstand sich Adolf Drobe als ein treuer Gehilfe und Gefährte Hansens.

1894 in Hannover geboren, dort zur Schule gegangen und seine Lehrjahre verbracht, kam Drobe 1912 nach Kiel, wo er auf der Germania-Werft als Dreher arbeitete. 1914-1918 war er Soldat an der sog. „Westfront“. Sein weiterer Weg führte ihn zurück zur Germania-Werft, von wo aus er nach halbjähriger Arbeitslosigkeit 1926 zu den „Deutschen Werken“ wechselte. Dort wurde er 1933 wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ entlassen.

Der politische Weg Drobos ist der eines „typischen Sozialdemokraten“ jener Zeit: Mit 16 Jahren Eintritt in die Arbeiterjugend, den Metallarbeiterverband (Gewerkschaft) und den Radfahrerbund „Solidarität“. Seit 1918 war Drobe ständig Funktionär der SPD, Vertrauensmann des Metallarbeiterverbandes und schließlich auch in der Arbeiterwehr gegen den Kapp-Putsch.

Ab dieser Zeit arbeitete Drobe als ständiger Weggefährte Richard Hansens, dem Vorsitzenden des Reichsbanners. Ganz bewußt sagte Drobe später, er sei nach 1933 „mit Hansen“ in die Illegalität gegangen und „mit Hansen“ emigriert. Den Nazis konnte er allerdings nicht entfliehen. 1940 wurde er wegen seiner illegalen Tätigkeit in den Jahren zuvor verhaftet und zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach verbüßter Strafe stand er unter „Aufsicht“ der Gestapo.

Drobe war ein Mann der oft zitierten „ersten Stunde“. 1945 kam er zur Kieler Firma Hagenuk und wurde bei der ersten sich bietenden Gelegenheit Mitglied der wiedergegründeten SPD und der IG Metall. Gleichzeitig stellte er sich der Kieler Kommunalpolitik als bürgerliches Mitglied in einem Ausschuß der Ratsversammlung zur Verfügung.

Drobe war ein „stiller Arbeiter“. Das Rampenlicht war nicht sein Wirkungsbereich. Er gehörte zu jenen Demokraten und Sozialdemokraten, ohne die der Aufbau der Demokratie und

der Sozialdemokratie undenkbar gewesen wären. Der Mittelpunkt seiner politischen Tätigkeit nach der Nazizeit war die Arbeit im Betriebsrat der Firma Hagenuk. Zeitgenossen bescheinigten ihm „ruhiges Wesen, Verantwortungsgefühl und sozialistische Einstellung.“

Rolf Selzer

Otto Eggerstedt (1886-1933)

Otto Eggerstedt wurde am 27.8.1886 in Kiel geboren. Nach dem Besuch der Mittelschule erlernte er das Bäckerhandwerk. Bereits früh kam er mit der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratie in Verbindung. 1908-1910 leistete er seinen Militärdienst ab, von 1914 bis 1918 war er Soldat. Nach seiner Rückkehr wurde er in Kiel bald zu einem der bekanntesten sozialdemokratischen Politiker. Seit dem 1.8. 1919 (bis zum 1.12.1927) war Eggerstedt Parteisekretär der SPD (MSPD) in Kiel, von 1919-1924 Stadtverordneter und seit Frühjahr 1920 Mitglied im Bezirksvorstand der SPD.¹ Während des Kapp-Putsches 1920 zählte Eggerstedt zu den entschiedenen Widersachern der reaktionären Kräfte. Nach dem Scheitern des Putsches gehörte er der „Zehnerkommission“ an, die versuchte, dessen Folgen in Kiel zu überwinden.² Auf der Mitgliederversammlung der MSPD am 21.3.1920 kritisierte Eggerstedt scharf die Militärpolitik Noskes und formulierte 17 „Forderungen der Kieler Sozialdemokratie“, u. a. die „Bildung von Sicherheitstruppen aus organisierten Kopf- und Handarbeitern“, „Schnellste Durchführung der Verwaltungsreform“, „Kampf gegen den reaktionären Geist in Schule und Universität“, „Grundstürzende Agrarreform“, „Rücktritt Noskes“ und „Entfernung der monarchistischen Sinnbilder“.³ 1921 wurde Eggerstedt für den ausscheidenden Sozialdemokraten Albert Billian Mitglied des Reichstages.⁴ Bis 1933 blieb er Mitglied des Reichstages. Auf der Liste der sozialdemokratischen Kandidaten für die Reichstagswahl stand er nach Luise Schröder an zweiter Stelle im Wahlkreis 13 (Schleswig-Holstein).⁵

Die politische Arbeit von Eggerstedt und sein entschiedener Einsatz für die Republik machten ihn zu einer anerkannten und geachteten Persönlichkeit in Schleswig-Holstein. Aufgrund seiner besonderen Fähigkeiten entschloß sich die preußische Regierung, ihn in den Staatsdienst zu übernehmen, entsprechend ihrer langjährigen erfolgreichen Praxis in der Weimarer Republik, zentrale Verwaltungspositionen mit überzeugten Demokraten zu besetzen.⁶ Seit dem 1.12.1927 war Eggerstedt zunächst als „Hilfsarbeiter für den höheren Dienst“ beim Polizeipräsidium Altona-Wandsbek beschäftigt. Am 16.4.1928 wurde er Regierungsrat bei der Polizeiverwaltung Altona-Wandsbek und Leiter des Polizeiamtes Wandsbek. Mit Wirkung vom 1.3.1929 war er kommissarischer Polizeipräsident und am 1.6.1929 wurde er endgültig mit der Leitung des Polizeipräsidiums in Altona beauftragt.⁷

Mit ihm übernahm ein politisch überaus erfahrener Beamter die Führung dieses wichtigsten Polizeipräsidiums in Schleswig-

¹ Informationen über Otto Eggerstedt geben unter anderem: Franz Osterroth, 100 Jahre Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein, Kiel o. J. (1963), S. 66, 74, 114 und 117. Franz Osterroth und Dieter Schuster, Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Band II, Berlin-Bonn 1980 (3. Aufl.), S. 306 und 331.

² Ausführlicher dazu: Rainer Paetau, Märzstürme über Kiel. Sozialisten, Kapp-Putschisten und die Weimarer Republik von 1920, in: Rainer Paetau und Holger Rüdell (Hrsg.), Arbeiter und Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein im 19. und 20. Jahrhundert, Neumünster 1987, S. 311-346. Dirk Dähnhardt und Gerhard Granier (Hrsg.), Der Kapp-Putsch in Kiel. Eine Dokumentation zum 60. Jahrestag der Märzereignisse von 1920, Kiel 1980.

³ Paetau, Märzstürme, S. 336f.

⁴ Vgl. dazu Max Schwarz, MdR, Biographisches Handbuch der Reichstages, Hannover 1965. Ab 1924 führte der Wahlkreis Schleswig-Holstein die Nummer 13. In diesem Buch befindet sich auf S. 640 eine Kurzbiographie von Eggerstedt. Über Billian auch Osterroth, 100 Jahre, S. 82.

⁵ Max Schwarz, MdR, S. 542, 550, 557, 565, 573, 583, 591 und 600.

⁶ Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1960. Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung, Frankfurt/M. – Berlin – Wien 1977.

⁷ Staatsarchiv Hamburg (Sta Hamburg), Polizei-Personalakten 199 (Eggerstedt).

Holstein. Durch seine hervorragende Arbeit, vor allem seine Menschenführung und sein engagiertes Beispiel gelang es ihm in kurzer Zeit, Verständnis und große Anerkennung unter den Beamten zu gewinnen. Intensiv bemühte er sich um eine engere Verbindung zwischen der Polizei, dem Reichsbanner und der Reichswehr. Hier setzte er seine Ideen in die Tat um, die er bereits seit 1919 immer wieder vorgetragen hatte. Eggerstedt sah, ebenso wie Theodor Haubach und Julius Leber, die Notwendigkeit einer klaren Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Landesverteidigung und damit auch der Kontakte zur Reichswehr, um deren Isolation als „Staat im Staate“ zu verhindern.⁸

Tragisch ist die Verknüpfung des Schicksals von Otto Eggerstedt mit den Ereignissen des „Altonaer Blutsonntags“ (17.7.1932), als anlässlich eines Demonstrationzuges der NSDAP durch die Straßen der Altonaer Altstadt Zusammenstöße zwischen NSDAP, KPD und Polizei 18 Todesopfer und zahlreiche Verletzte – meist unbeteiligte Zivilisten – forderten.⁹ Eggerstedt befand sich zu dieser Zeit auf einer Wahlkampfreise und fühlte sich daher nicht an die Weisung des Schleswiger Regierungspräsidenten Abegg gebunden, den Dienst wiederaufzunehmen. Er hatte – und dies erwies sich als folgenschwerer Fehler – auch seinem ständigen und erfahrenen Stellvertreter Urlaub gewährt. Der nun mit der Führung des Polizeipräsidiums betraute Regierungsrat erwies sich als der Situation nicht gewachsen. Die Vorwürfe im Dienststrafverfahren, er sei nicht auf seinen Posten zurückgekehrt, sind später nicht weiter verfolgt worden.¹⁰ NSDAP und KPD aber sahen in Eggerstedt einen der Hauptverantwortlichen und difamierten ihn öffentlich. Mit Wirkung vom 21.7.1932 wurde er nach dem Staatsstreich der Reichsregierung unter dem Reichskanzler Franz von Papen gegen die demokratische preußische Regierung in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Ein Dienststrafverfahren gegen Eggerstedt wurde eingeleitet, aber auch das „Nachschieben“ weiterer Vorwürfe (u. a. die angebliche Diskussion mit Polizeioffizieren über Maßnahmen gegen den Staatsstreich Papens), konnte nichts daran ändern, daß die zentralen Vorwürfe sich als nicht berechtigt erwiesen. Mit Wirkung vom 9.8.1933 wurde er nach dem Paragraphen 2 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ entlassen, das Dienststrafverfahren wurde eingestellt. Otto Eggerstedt erhielt diese Nachricht wenige Tage vor seinem Tode im Konzentrationslager mitgeteilt.¹¹ Nach seiner Versetzung in den einstweiligen Ruhestand widmete sich Eggerstedt intensiv der Parteiarbeit; über eine Episode berichtet Karl Rickers:

„Meine letzte Begegnung mit Eggerstedt fand im Sommer 1932 statt, im großen Saal des Kieler Gewerkschaftshauses, kurz vor der Eröffnung einer Parteiversammlung. Es war wahrscheinlich kurz nachdem Reichskanzler Papen die Preußenregierung abgesetzt hatte und damit natürlich auch den Altonaer Polizeipräsidenten Eggerstedt, der dann in Kiel wieder sein Parteiamt als örtlicher Sekretär aufnahm. Angesichts des Papenschen Staatsstreiches herrschte eine äußerst gereizte Stimmung

⁸ Bracher, Auflösung, S. 269 gibt einen Hinweis dazu.

⁹ Wolfgang Kopitzsch, Politische Gewalttaten in Schleswig-Holstein in der Endphase der Weimarer Republik, in: Erich Hoffmann und Peter Wulf (Hrsg.), „Wir bauen das Reich“. Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, Neumünster 1983, S. 19-39 mit weiterführenden Hinweisen.

¹⁰ Sta Hamburg, Regierung Schleswig, Dk 12 und Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig, Abt. 301, Nr. 4709. Auch: Sta Hamburg, Personal-Polizeiakten 199 (Eggerstedt).

¹¹ Über seinen Tod umfassender: Erinnerung an Otto Eggerstedt, in: Der Sozialist. Mitteilungsblatt der SPD-Landesorganisation Hamburg 4 (1949), Nr. 13 vom 1.12. 1949, S. 11. Otto Eggerstedt, in: Annedore Leber, Das Gewissen entscheidet. Bereiche des deutschen Widerstandes 1933-1945 in Lebensbildern. Hrsg. in Zusammenarbeit mit Willy Brandt und Karl-Dietrich Bracher, Berlin-Frankfurt/M. 1960, S. 40-42.

im Saal. Ich ging auf die Bühne, um Eggerstedt zu begrüßen. Mit seinem Händedruck steckte er mir zugleich eine Mauserpistole zu, ohne ein Wort zu sagen und ohne das es jemand bemerkte. Die Waffe stammte gewiß aus dem Lager beschlagnahmter Waffen des Altonaer Polizeipräsidiums. . . . Ich war nun bei diesem seltsamen Händedruck weder erschrocken noch überrascht. Die Zeit für einen Bürgerkrieg größeren Ausmaßes schien reif zu sein. . . .¹²

Eggerstedt wurde nach einem Hinweis an die Polizei am 27.5. 1933 in einer Jagdhütte bei Reinfeld verhaftet, zunächst in Altona verhört und dann in das Konzentrationslager Papenburg-Esterwegen eingeliefert. Hier wurde er nach Aussagen von Leidensgenossen grausam mißhandelt und gequält.¹³ Am 12.10. 1933 wurde Eggerstedt gezielt umgebracht, ob auf höhere Weisung ist bisher unbekannt. Bei Arbeiten in einem Sonderkommando, zu dem er ausdrücklich befohlen worden war, wurde Eggerstedt von dem Aachener SA-Scharführer Theodor Grothen mit einem Schuß aus einem Karabiner niedergestreckt und anschließend von einem weiteren SA-Mann mit einem Pistolenschuß erneut getroffen. Die offizielle Version lautete „auf der Flucht erschossen.“ Der Täter Grothen wurde 1949 vom Schwurgericht Oldenburg (Oldenburg) zu einer lebenslangen Zuchthausstrafe verurteilt.¹⁴

Mit Otto Eggerstedt verlor die SPD in Schleswig-Holstein einen ihrer profiliertesten Politiker der Weimarer Republik. Die Nationalsozialisten ermordeten einen ihrer unerbittlichsten Gegner. Der Aufstieg Otto Eggerstedts aus der Arbeiterschaft in eine hohe Verwaltungsposition ist ein Beweis für die Richtigkeit der entscheidend von der Sozialdemokratie geprägten Politik der preußischen Regierung, aufrechte und überzeugte Demokraten mit verantwortungsvollen Aufgaben zu betreiben.

In einem Gedenkwort aus dem Jahr 1949 heißt es:

„Otto Eggerstedt ist tot! Die, die ihn kannten, werden allein die Tragik des grausamen Schicksals ermessen können, das gerade diesen aufrechten Sozialisten, toleranten und gutherzigen Menschen traf.“¹⁵

Wolfgang Kopitzsch

Walter Hohnsbehn (1904–1945)

Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 „rächte“ sich die nationalsozialistische Staatsführung mit einer Verhaftungswelle, die Tausende politischer Gegner im gesamten Deutschen Reich erfaßte. Einer der Verhafteten war Walter Hohnsbehn. Als engagierter Sozialdemokrat war er den braunen Machthabern wohlbekannt. Bereits 1933 und 1936 hatte er längere Haftzeiten über sich ergehen lassen müssen. Im August 1944 wurde Walter Hohnsbehn zum dritten Mal verhaftet. Diesmal kam er ins Konzentrationslager Neuen-gamme und traf dort auf viele bekannte Sozialdemokraten und Gewerkschaftler aus Schleswig-Holstein.

Als nach der überstürzten Räumung des Lagers Neuen-

¹² Karl Rickers, Erlebte Weimarer Republik. Erinnerungen eines Kieler aus den Jahren zwischen 1918 und 1933, in: Paetau/ Rüdell, S. 347-364, hier: S. 355.

¹³ Zur Verhaftung Hinweis in Gerd Stolz, Die Schutzpolizei in Altona und Wandsbek 1869-1937, in: Zeitschrift für Schleswig-Holsteinische Geschichte 63 (1977), S. 62. Siehe die in Anm. 11 genannten Quellen.

¹⁴ Nach: Erinnerung an Otto Eggerstedt, vgl. Anm. 11.

¹⁵ Ebenda.

gamme die überlebenden Häftlinge auf den Schiffen „Cap Arcona“, und „Thielbeck“ vor Neustadt ankernd, am 3. Mai 1945 von englischen Flugzeugen bombardiert wurden, fanden etwa 7.000 Häftlinge den Tod. Sie hatten das Ende des Krieges und die Befreiung vor Augen gehabt: Noch am selben Tag besetzten britische Truppen Neustadt.

Walter Hohnsbehn war wahrscheinlich nicht unter den Toten in der Neustädter Bucht. In den letzten Wochen vor der Räumung des Lagers Neuengamme war er mit anderen Häftlingen zur Arbeit auf einer Hamburger Werft eingesetzt. Sie wurden von einem Kommando der SS abgeholt und sollten wie die übrigen KZ- Häftlinge nach Lübeck gebracht werden. Walter Hohnsbehn ist offensichtlich dort nie angekommen. Wie und wo er zu Tode kam, blieb trotz aller Nachforschungen der Familie unbekannt.

Sein Vater Gustav Hohnsbehn, selbst einer der bekanntesten Sozialdemokraten in Neumünster, der vor und nach dem 1. Weltkrieg und wiederum nach 1945 wichtige Funktionen in der Partei wahrnahm, hat den Lebensweg seines Sohnes Walter 1954 in schlichten Worten beschrieben. Sie sollen hier ungekürzt wiedergegeben werden:

„Walter Hohnsbehn ist am 25. Juni 1904 in Neumünster als der Sohn eines Zigarrenmachers geboren. Mit noch 2 Brüdern und 2 Schwestern besuchte er die Volksschule. Nach der Schulentlassung lernte er Maschinenbauer. Nach wenigen Arbeitsjahren geriet er infolge der Wirtschaftskrise in das Heer der Arbeitslosen. Aber ohne zu zögern wurde er Land- und Saisonarbeiter am Dreschkasten. 1933 war er Arbeiter in einer Steinfabrik und erhielt nach 1933 Stellung als Hilfsmonteur in der Tuchfabrik von Simons in Neumünster. Ohne Arbeit konnte er nicht sein, und wenn ein Leerlauf einsetzte, war er [bis 1933] Zeitungsaus-träger bei der Volkszeitung. ... Schon während der Lehrzeit wurde er Mitglied der Metallarbeitergewerkschaft, und sofort nach Beendigung der Lehrzeit trat er in die SPD ein. Aus seinem Elternhaus wußte er, was er sich und seinen Mitmenschen schuldig war. Vom sechsten Lebensjahr in der Freien Turnerschaft, später im Reichsbanner, hatte er seinen Mann als Mitarbeiter und Kämpfer zu stellen. Sein gerader Charakter, seine Zielsetzung, seine persönliche Bescheidenheit und seine absolute Ver-läßlichkeit sicherten ihm bald das volle Vertrauen der älteren Genossen. Walter Hohnsbehn wurde überall herangeholt und mit Arbeiten betraut. Die Partei schickte ihn für sechs Monate auf die Volkshochschule in Harrisleefeld bei Flensburg. Schon mit 26 Jahren wurde er von der Partei als Kandidat zum Stadt-parlament nominiert und von der Wählerschaft als Stadtverordneter gewählt. Trotz seiner Jugend war er überall ein Mitarbeiter, von allen Seiten geachtet und geschätzt. Man sah in ihm einen wertvollen Menschen, von dem vieles für die kommenden Tage erwartet wurde. 1933 setzte allem ein Ende, und auch Walter Hohnsbehn wurde davon betroffen. Den braunen Machthabern genauestens bekannt, wurde er im April 1933 verhaftet und für neun Wochen eingesperrt, weil politisch gefährlich. Nach seiner Entlassung arbeitete er dann in der Steinfabrik

und später bei Simons als Monteur. Jetzt hatte er geheiratet und hatte einen Sohn. Als Mitarbeiter bei der Volksfürsorge geriet er in den Verdacht, diese Arbeit als Tarnung für politische illegale Arbeit zu benutzen. 1936 wurde er wieder verhaftet. Sieben Wochen Untersuchungshaft. Prozeß wegen Führerbeleidigung und politischer Unzuverlässigkeit. Die Führerbeleidigung nicht ganz nachgewiesen, aber wegen Widerstand gegen das Dritte Reich vier Monate Gefängnis. Durch Amnestie erledigt. Jetzt arbeitslos, aus der Wohnung herausgesetzt, mit Frau und Kind sowie dem Hausstand zu Schwiegereltern nach Flensburg. Nach längerer Arbeitslosigkeit erhielt er Stellung als Monteur bei der Nordischen Ofenfabrik. Nochmals versuchten die braunen Gesellen, ihn durch Ausschluß aus der Arbeitsfront existenzlos zu machen. Das Ehrengericht entschied zu seinen Gunsten. Und jetzt brauchte das Dritte Reich ihn. Bei der Musterung tauglich zur Marine. Viermal vier Wochen Übung auf einem Minenleger und dann wird der Gefreite Hohnsbehn auf Reklamation entlassen. Seine Firma stellt sich um auf Flugzeug-Teilebau: die Wiking Werke Flensburg. Walter zuerst Arbeiter, Kontrolleur, Werkmeister und bei seiner Verhaftung am 22. August 1944 war er schon ca. drei Jahre Betriebsleiter. Bei der Bereinigung der inneren Front kam auch Walter nach Neuengamme. Auch hier durfte er mit noch einem Facharbeiter außerhalb des Lagers in Tagesstunden im Teilbau für Unterseeboote arbeiten. Am 28. April 1945 soll er mit noch ca. 200 Häftlingen in Marsch gesetzt worden sein über Ahrensburg (oder -böck) nach Lübeck.

Ich weiß nicht, wo er geblieben ist. Von den Geretteten der 'Cap Arcona' hat ihn keiner gesehen, obwohl alle Befragten ihn gut kannten. Die Partei hat nicht wenig verloren durch seinen Tod.“

Gustav Hohnsbehn überlebte seinen Sohn Walter noch 20 Jahre. Beim Wiederaufbau der SPD in Neumünster erwarb er sich große Verdienste. Im Herbst 1947 übernahm er mit 69 Jahren noch einmal den Kreisvorsitz der Partei – das erste Mal hatte die SPD Neumünster ihn 1919 zu ihrem Vorsitzenden gewählt. In den 50er und 60er Jahren gab es kaum eine Parteiveranstaltung, an der Gustav Hohnsbehn nicht teilnahm. Er starb am 20. Juli 1965 im Alter von 87 Jahren.

Karl-Heinz Harbeck

Heinrich Kürbis (1873–1951)

Heinrich Kürbis war von 1918 bis 1932 Oberpräsident der preußischen Provinz Schleswig-Holstein in Kiel. Er war damit der erste Sozialdemokrat in diesem höchsten Amt der Provinz, dessen Aufgabe nicht nur darin bestand, die obersten Staatsbehörden zu vertreten und zu überwachen, sondern dem auch zunehmend Geschäfte in eigener Verantwortung übertragen wurden.

Heinrich Kürbis, geboren im Jahre 1873, stammte aus Altona und war dort zunächst als Metallarbeiter tätig. Er schloß sich sehr früh der sozialistischen Bewegung und der Gewerkschaft an. Seit 1898 Mitglied der SPD, war er einer der

fünf Altonaer Sozialdemokraten, die im Jahre 1909 bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung einen eindrucksvollen Sieg über das bürgerliche Lager errangen und als erste Sozialisten in das Altonaer Stadtverordnetenkollegium einzogen. 1912 wurde er zum Vorsitzenden der Hamburger Ortsgruppe des Deutschen Metallarbeiterverbandes gewählt.

Im Jahre 1914 kam er als Parteisekretär des SPD-Bezirks Schleswig-Holstein nach Kiel. Als nach Ende des Ersten Weltkrieges während des Übergangs vom Kaiserreich zur Weimarer Republik der Kieler Arbeiterrat die „provisorische Regierung für Schleswig-Holstein“ bildete und Beigeordnete in die Büros der obersten Provinzorgane entsandte, wurde Heinrich Kürbis dem damaligen Oberpräsidenten von Moltke beigeordnet. Als dieser am 31. Dezember 1918 sein Amt niederlegte, rückte Heinrich Kürbis zunächst kommissarisch und seit dem 10. März 1919 auch offiziell nach. Mit diesem Erfolg des Arbeiterrats war zwar der Weg zu einer weiteren Demokratisierung der Verwaltung geöffnet, wobei sich Kürbis große Verdienste erwarb. Andererseits zeigte sich bald, daß die Möglichkeiten für den Oberpräsidenten begrenzt waren, da weitere Umbesetzungen ausblieben und die neue preußische Regierung den überkommenen Beamtenapparat hielt.

Während des Kapp-Putsches wurde Heinrich Kürbis kurzfristig seines Amtes enthoben und verhaftet. In dieser Zeit bewährte sich seine Politik, mit strengen Auflagen den Mißbrauch der sogenannten Einwohnerwehren durch antirepublikanische Kräfte zu verhindern. Keine Einwohnerwehr in Schleswig-Holstein schlug sich auf die Seite der Putschisten. Enttäuscht wurden jedoch andererseits diejenigen, die nach der Niederschlagung des Putsches die Chance für weiterreichende Reformen sahen. Auch nach dem Putsch setzte Kürbis den Kampf gegen die Selbstschutzverbände fort, die sich immer wieder durch radikale Töne gegen die bestehende Staatsordnung hervortaten. So war Kürbis immer wieder Mittelpunkt der Angriffe von Gegnern der Republik. Als im Frühjahr 1924 republikanische Kräfte der Provinz darangingen, dieser anwachsenden Bewegung eine eigene Organisation entgegenzusetzen, war Heinrich Kürbis mit dabei. Am 10. August 1925 trat er zusammen mit Professor Radbruch und dem demokratischen Reichstagsabgeordneten Graf Bernstorff vor über 25.000 Teilnehmern in einer vom Reichsbanner veranstalteten Verfassungsfeier für die Republik auf.

Doch der Kampf blieb ohne Erfolg. Im Sommer 1932 wurde Kürbis nach Papens Staatsstreich wie viele andere sozialdemokratische Spitzenbeamte Opfer der „Säuberung Preußens“. Sie wurden durch genehmere Beamte ersetzt.

Kürbis verlegte seinen Wohnsitz nach Hamburg, wo er als erklärter Nazigegner nach 1933 ständiger Überwachung ausgesetzt war. Obwohl er nach dem Ende der Gewaltherrschaft schon zu alt war, um noch in das öffentliche politische Leben zurückzukehren, blieb er der SPD eng verbunden. Im August 1951 starb Heinrich Kürbis. In einem Nachruf schrieb das „Hamburger Echo“:

„Heinrich Kürbis gehörte zu den Männern, die durch ihre konsequente demokratische und sozialistische Haltung sich große Achtung und Anerkennung erwarben, aber auch gleichzeitig schwersten Angriffen aus dem Lager der Feinde der Weimarer Republik und der Sozialdemokratie ausgesetzt waren. Mit der Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg und Schleswig-Holstein ist Heinrich Kürbis' Name eng verbunden.“

Uwe Jensen

Gerhard Kunze (1892–1954)

„Revolutionäres Sein heißt gerade nicht, eine einstmals gebildete und damals richtige Meinung in alle Ewigkeit unverändert zu vertreten. Sondern es heißt offen zu sein für die Dinge, die sich manchmal erst in leisen Schwingungen ankündigen. Es gehört wesentlich zum Sozialismus, hier nicht etwas zu zerschlagen, sondern ihm zum Durchbruch zu verhelfen. ... Ich glaube, daß wir in eine sehr lebendige geistige Auseinandersetzung geraten werden. Ich begrüße dies, weil ich mich über jeden echten Kampf freue und weil ich nicht im geringsten zweifle, daß wir Sozialisten dabei die stärkeren Trümpfe in der Hand haben.“

Als Gerhard Kunze dies formulierte, war er Mitglied der sozialdemokratischen Partei in Schleswig-Holstein und Leiter des Predigerseminars in Preetz. Aber nur wenige Jahre verbrachte er nördlich der Elbe; dennoch, diese vier Jahre von 1950 bis 1954 stellten einen Höhepunkt, auch den Abschluß eines erfüllten Lebens dar.

Gerhard Kunze wurde am 29. Juli 1892 in Hartenstein bei Zwickau geboren, sein Vater war dort Dorfschullehrer. Kunze studierte Theologie und Germanistik an den Universitäten Jena und Leipzig. Der 1. Weltkrieg unterbrach seine Berufsausbildung, er war von 1914 bis 1918 Soldat und wurde dreimal schwer verwundet.

Nach Abschluß seines Studiums wurde er 1921 in der Leipziger Thomaskirche zum Pfarrer ordiniert und war bis 1925 in der Stadt als Pastor tätig. 1925 wurde er in Leipzig der erste Studentenfarrer, den es in Deutschland überhaupt gegeben hat.

Studentenfarrer, die es heute an allen Universitäten und Hochschulen gibt, haben es häufig nicht leicht mit vorgesetzten Stellen. Um ein Vielfaches härter war der Konflikt, dem sich Gerhard Kunze 1933 ausgesetzt sah. Mit dürren Worten, ohne Anrede oder gar höfliche Schlußformulierung, wurde ihm (gegen Zustellungsurkunde) vom Evangelisch-Lutherischen Landeskonsistorium in Dresden am 1. Juli 1933 mitgeteilt:

„In einer heute von mir erlassenen Verordnung gegen die kirchliche Not habe ich mit sofortiger Wirkung Ihre Beurlaubung bis auf weiteres angeordnet. Ich gebe Ihnen hiervon Kenntnis. Es ist damit selbstverständlich, daß Sie sich jeder weiteren Amtshandlung zu enthalten haben. Der mit der Führung beauftragte Landesbischof. Coch.“

Gerhard Kunze war das Opfer einer innerkirchlichen Auseinandersetzung geworden, die ihren Ausgang in der Übernahme kirchlicher Funktionen durch die sogenannten Deut-

schen Christen hatte, vielfach mit Hilfe von Amtsträgern der NS-Partei. Auch in der sächsischen Landeskirche hatten die DC die Macht übernommen; an ihrer Spitze stand als kommissarischer Landesbischof der 150% Deutsche Christ und Nazi Friedrich Coch.

Der Studentenpfarrer Gerhard Kunze paßte nicht in das Schema der überwiegend nationalistisch bis nationalsozialistisch gesinnten evangelischen Kirche, ihm wurde der Stuhl vor die Tür gesetzt. Auch wurde berichtet, er habe mit einigen Studenten eine NS- Fahne von der Universität heruntergeholt. Als Opfer deutsch- christlicher Kirchenpolitik fand er aber Aufnahme in der Landeskirche Hannover, an deren Spitze mit Bischof Marahrens der spätere Vorsitzende der Bekennenden Kirche stand, damit ein innerkirchlicher Gegner der DC, wenn auch kein Gegner des Nationalsozialismus.

Nur hier erhielt Kunze „ohne Papiere“, die herauszugeben die kirchliche Behörde in Dresden sich weigerte, eine Anstellung. Von 1933 bis 1948 betreute er die Pfarrstelle in Hannover-Bothfeld, unterbrochen durch die Zeit, in der er erneut als Soldat eingezogen war. Er nutzte seinen Aufenthalt in Paris, um seine Promotionsarbeit zu beginnen, die er nach Kriegsende abschloß; Mitte 1947 promovierte er zum Doktor der Theologie. Ab 1946 war er Stadtsuperintendent in Hannover (eine dem nordelbischen Propst entsprechende Position), bis er sich aus Krankheitsgründen - er litt immer noch unter den Folgen seiner schweren Kriegsverwundung - zum 1.12.1948 in den vorzeitigen Ruhestand versetzen ließ.

In der evangelischen Kirche hatte er sich einen anerkannten Ruf als Liturg und Kirchenmusikexperte erworben. So war es nicht verwunderlich, daß ihn noch einmal der Ruf zu einer Tätigkeit für seine Kirche erreichte: Bischof Halfmann bat ihn 1950, die Leitung des Predigerseminars Preetz zu übernehmen. Diese Einrichtung, 1896 gegründet, war 1933 geschlossen worden. Es war keine leichte Aufgabe, aber trotz seiner angegriffenen Gesundheit nahm Gerhard Kunze sie auf sich und baute das Predigerseminar neu auf.

Und nicht nur das: Neben seiner vielfältigen kirchlichen Arbeit rang er sich noch viel Zeit ab, die er im politischen Raum mit ausgedehnten publizistischen und Vortragstätigkeiten für die SPD ausfüllte. Nicht zuletzt galt sein Wirken einem besseren Verständnis zwischen evangelischer Kirche und Sozialdemokratie. So wie er in Hannover Mitbegründer einer christlich- sozialistischen Arbeitsgemeinschaft gewesen war, hatte er zusammen mit Franz Suchan, Johannes Haar und Günther Heinrich maßgeblichen Anteil an der Bildung des „Arbeitskreises Christentum und Sozialismus“ in Schleswig-Holstein.

Ende der zwanziger Jahre hatte sich der Pfarrer Gerhard Kunze schon einmal einer Partei angeschlossen: dem 1929 gegründeten Christlich-Sozialen Volksdienst. Die war ein Zusammenschluß sozialpolitisch engagierter Konservativer mit dem 1924 in Württemberg entstandenen Christlichen Volksdienst. Unter der Losung, Christi Gebote müßten auch im

öffentlichen Leben gelten, wollte diese Partei weder bürgerlich noch sozialistisch, aber christlich sein; sie war sozusagen das evangelische Pendant zum katholischen Zentrum, aber ohne dessen Erfolge. Zwar errang der Christlich-Soziale Volksdienst bei der Reichstagswahl 1930 14 Mandate, aber schon 1932 war seine anfängliche Attraktivität dahin, er teilte das Schicksal der anderen kleinen bürgerlichen Parteien. Diese Partei stand in der Tradition Friedrich Naumanns, den Gerhard Kunze, wie er sagte, „unendlich verehrt“ habe. Kunze hat im Christlich-Sozialen Volksdienst aktiv mitgearbeitet, kandidierte für ihn sogar zum Reichstag.

Der Schritt zur Sozialdemokratie kam erst nach 1945. Sein schon in den zwanziger Jahre bewiesenes soziales Engagement brachte er nun in die alte Arbeiterpartei ein. Wohl vorher vorhandene Sperrungen bei ihm, gebildet aus der antisozialistischen Tradition der evangelischen Kirche, aus der Vorstellung einer kirchen- und christentumsfeindlichen Sozialdemokratie, waren spätestens nach den Erfahrungen in der Zeit des Faschismus beseitigt.

Die Versöhnung der Arbeiterschaft und auch ihrer Partei, der SPD, mit der Kirche sah er als eine seiner wichtigsten Aufgaben an. Politisches und kirchliches Engagement flossen bei ihm zusammen, als er 1953 seine Amtsbrüder aufforderte, mit ihm öffentlich einen Aufruf württembergischer Pfarrer „*Zum politischen Weg unseres Volkes*“ zu unterstützen. Darin wurde gewarnt „*vor dem Wahn, es könnten heute noch politische Probleme durch Waffengewalt gelöst werden, als könnte man durch Aufrüstung eine kriegerische Auseinandersetzung auf die Dauer verhindern, ... unser Vaterland durch den Aufbau einer Wehrmacht und den Anschluß an andere Mächte einigen ...*“

Mit seiner Arbeit für eine Versöhnung zwischen Kirche und Sozialismus, mit seinem Eintreten für Frieden und Abrüstung stand Gerhard Kunze am Ende seines Lebens in der Reihe jener, die in der Zeit der Restauration für eine staats- und parteigebundene Kirche eintraten. Er stand damit dem „*Darmstädter Wort des Bruderrats der Bekennenden Kirche*“ von 1947 nahe.

Gerhard Kunze starb am 22.10.1954 während einer Tagung in Hofgeismar.

Alfred Schulz

Sophie Lützen (geb. 1885)

Nur wenigen in Kiel sagt der Name Sophie Lützen noch etwas. Vielleicht liegt es daran, daß sie schon 1928 Kiel wieder verlassen hat, um dann bis zu ihrem Tod in Harrisleefeld bei Flensburg zu leben. Dabei hat Sophie Lützen von 1913 bis 1928 eine wichtige Rolle in der Kieler Arbeiterbewegung gespielt: Sie war die erste Vorsitzende der Kieler Arbeiterwohlfahrt von der Gründung 1921 bis 1928.

Gäbe es über sie nicht einen Bericht von Gertrud Völcker (s. Biographie G. Völcker), so wüßten wir kaum etwas über Sophie Lützen.

Sophie wurde am 27.11.1885 als zweites von zwölf Kindern eines Kleinbauern in Flensburg geboren.

„Der Tag begann mit dem Aufstehen um 1/2 5 Uhr zum Melken. Zum Spielen bin ich nicht gekommen, desto mehr mußte ich mich mit lebendigen Puppen vom frühen Morgen bis zum späten Abend beschäftigen, mit den vielen kleinen Geschwistern, für die die Mutter kaum Zeit hatte. Kaum saß man, hatte man ein Kind auf dem Schoß zum Abfüttern. Und das 'immer für andere da sein in Pflicht und Verantwortung' blieb für mein Leben charakteristisch – Dienst am Menschen in Familie und Öffentlichkeit – das liegt wohl im Menschen drin und bleibt in ihm,“

so erzählte Sophie Lützen Gertrud Völcker.

Nach der Schulentlassung blieb Sophie noch zwei Jahre im Elternhaus, um dann in einem Haushalt als Hausmädchen und Köchin zu arbeiten – ein typischer Weg für ein junges Mädchen in der damaligen Zeit.

1908 heiratete sie Amandus Lützen, der in Kiel auf der Kaiserlichen Werft arbeitete und zu den frühen Mitgliedern der Gewerkschaft gehörte. Die Ehe blieb kinderlos.

1913 übernahmen beide vom Frauenverein der Marine in Sohstheim ein Erholungsheim für Kinder von Angehörigen der Kaiserlichen Werft, das sie bis 1926 führten.

Während des ersten Weltkriegs übernahm Sophie die Leitung der Kinderspeisestellen, die die Stadt Kiel für unterernährte Kinder eingerichtet hatte – drei Winter hindurch jeweils fünf Monate. Zusätzlich leitete sie 1916/17 die Küche im Kieler Stadtteil Gaarden und trug die Verantwortung für eine Küche, die im Gewerkschaftshaus eingerichtet worden war.

Wie viele Genossinnen – Sophie Lützen sagt in ihrem Lebensbericht nicht, ob und wann sie in die SPD eingetreten ist, erwähnt jedoch, daß sie 1920 im Auftrage der SPD ehrenamtliche Helfer für die öffentliche Wohlfahrtspflege suchte – arbeitete Sophie Lützen während des Krieges in der Kriegswohlfahrtspflege mit.

Die Erfahrungen, die Genossinnen und Genossen mit der Almosenpolitik der bürgerlichen Frauenvereine machten, brachten Marie Juchacz 1919 dazu, beim Parteivorstand der SPD eine eigene Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege ins Leben zu rufen: die Arbeiterwohlfahrt. Die Bewegung breitete sich schnell über das ganze Reich aus, weil sie sich auf in der Kriegswohlfahrt bewährte Helfer wie Sophie Lützen stützen konnte. In Kiel wurde die Arbeiterwohlfahrt 1920/21 von Toni Jensen, der Leiterin der Frauengruppe, ins Leben gerufen. Da Toni Jensen als preußische Landtagsabgeordnete jedoch selten in Kiel war, übernahm Sophie Lützen den Vorsitz, den sie bis 1928 innehatte.

Nach dem neuen Jugendrecht von 1923 wurde Sophie eine der ersten Jugendschöffen, sie arbeitete auch in verschiedenen städtischen Kommissionen im sozialen Bereich mit, übernahm eine Reihe von Vormundschaften und war in der Pflegekinderbeaufsichtigung tätig. 1928 zog das Ehepaar Lützen nach Harisleeefeld und führte dort ein kleines Lebensmittelgeschäft.

Sophie gründete eine SPD-Frauengruppe und einen Ortsauschuß der Arbeiterwohlfahrt, sie war auch in der kommunalen ehrenamtlichen Arbeit tätig.

1933 wurde diese Arbeit durch die Herrschaft der Nationalsozialisten abrupt beendet:

„Sophie und Amandus Lützen haben in diesen Jahren im aktiven Widerstand gegen die Nazis gestanden und manchem, der Deutschland verlassen mußte, bei der Flucht geholfen unter Einsatz ihres eigenen Lebens. An ihrer Gesundheit haben beide nicht unerheblichen Schaden genommen, und Amandus Lützen ist an den Folgen der später erlittenen Nazihaft frühzeitig gestorben,“ so schreibt Gertud Völcker über die Jahre 1933 bis 1945.

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges stellte sich Sophie Lützen sofort wieder der sozialen Arbeit in der Arbeiterwohlfahrt, in der sozialdemokratischen Frauenarbeit und in Kommissionen der Wohlfahrtspflege zur Verfügung. In einem Protokoll vom 21. Januar 1955 über einen Schulungsabend des Helferkreises der AW Flensburg wird sie noch erwähnt, bald darauf ist sie verstorben.

Eine Würdigung der Person Sophie Lützens gibt Gertrud Völcker in den Schlußsätzen ihres Berichtes:

„Abschließend möchte ich . . . bemerken, daß ich mit Sophie und Amandus Lützen manche Jahre in der sozialen und sozialpädagogischen Arbeit gestanden und mit ihnen sehr verbunden war. Als junge Mitarbeiterin habe ich von ihrer Bereitschaft, in solidarischer und würdiger Form den Menschen in Not zu helfen, ihrem Fleiß und ihrer Treue zur sozialistischen Bewegung auch mich übertragen können.“

Inge Klatt

Philipp Scheidemann (1865–1939)

Man kennt das Bild aus den Geschichtsbüchern: Es ist der 9. November 1918, vor dem Berliner Reichstagsgebäude stehen Menschenmassen und jubeln, die Hüte über ihren Köpfen wedelnd, Philipp Scheidemann zu, der mit gen Himmel gerecktem Arm von einem Fenster des Gebäudes die „*Deutsche Republik*“ ausruft.

Scheidemann hat, obgleich am 26.7.1865 in Kassel geboren, besondere Beziehungen zu Schleswig-Holstein, die er in seinen Lebenserinnerungen „*Roman*“ und „*Liebesroman*“ nannte und von denen kaum jemand weiß. Scheidemann machte in Kassel eine Lehre zum Schriftsetzer und arbeitete bis zum Januar 1884 in seinem Lehrbetrieb. Anschließend ging er auf Wanderschaft. Nach siebenwöchiger „Walz“ fand er Arbeit am Hamburger Rödingsmarkt, wurde hier jedoch sehr schnell wieder arbeitslos.

Zusammen mit einigen Freunden wanderte Scheidemann in das Hamburger Umland und erbettelte sich seinen Lebensunterhalt. Auf einer dieser Touren kam er auch in das, wie er schrieb, „*saubere Städtchen Marne*“, das im südlichen Dithmarschen zwischen Brunsbüttel und Meldorf liegt. In diesem Städtchen verliebte er sich in ein Mädchen, das er auf seiner Bettel-

tour sah. Er lernte sie jedoch nicht kennen, weil die arbeitslosen Schriftsetzer immer wieder nach Hamburg zurückkehrten.

Eines Tages tauchte bei den Schriftsetzerfreunden der Buchdruckereibesitzer Altmüller aus Marne auf, er war Herausgeber und Verleger der 1874 gegründeten „Marner Zeitung“ und suchte noch einen Mitarbeiter für seine Buchdruckerei. Die Freunde um Scheidemann losten, wer die Arbeitsstelle annehmen sollte und das Los fiel auf Philipp Scheidemann selbst. Er erhielt von Altmüller einen Reisekostenzuschuß und fuhr nach Marne. Etwa 14 Tage nach seiner Ankunft fand in der Kleinstadt eine „Gewerbe- und Industrieausstellung“ statt. An einem Abend während dieser Ausstellung feierte Scheidemann mit einem Kollegen „wie das nun so zu gehen pflegte in den achtziger Jahren: hier ein Glas Grog, da ein Glas Grog und zwischendurch ein Glas Bier.“ Entsprechend angeheitert kamen die beiden Kollegen auf einen besonderen Streich. In einem Hinterhof, der nur von einer düsteren Nebenstraße aus erreichbar war, sahen sie zwei Nachttöpfe. Scheidemanns Überlegung dazu: „*Sie hingen an großen hölzernen Pflöcken. Und über uns klapperten die goldig glänzenden Becken eines Barbiers. Das war eine Idee: Die Töpfe an die Becken binden.*“ Scheidemann kletterte auf eine Regentonne und versuchte, den Topf mit seinem Taschentuch an das Werbeschild des Friseurs zu binden. Bei diesem Vorhaben wurde er jedoch von einem Polizisten erwischt. Scheidemann dazu:

„Ich konnte nicht auskneifen. Der Putz [Polizist] hielt mich krampfhaft an den Hosen fest, und bei jeder heftigen Bewegung hätte ich in die Regentonne fallen können. Ich blieb also auf der Tonne stehen und hielt mich fest. Der Schutzmann fragte: 'Was machen Sie denn da oben?' 'Ich wollte nur mal sehen, wie sich so'n Topp zwischen den Barbierbecken macht.'“

Der Schutzmann forderte ihn schließlich auf, von der Tonne zu steigen. Scheidemann folgte widerwillig, die Vernehmung begann:

„'Sie heißen?' 'Philipp Soundso' 'Was sind sie?' 'Künstler' 'Ach, machen Sie keine faulen Witze, in Marne gibt's keine Künstler.' 'Ich muß aber doch sehr bitten, Herr Wachtmeister, ich bin Typograph.' 'Na ja! Wenn ich's mir nicht gedacht habe; wieder ein Buchdrucker von Altmüller. . . .’“

Schwerwiegende Folgen hatte diese Episode für Scheidemann nicht, sinnigerweise war dieser Schutzmann jedoch der Vater des Mädchens, in das sich der spätere SPD-Politiker bereits bei seinem ersten Besuch in Marne verliebt hatte. Scheidemann söhnte sich mit dem „Putz“ aus und heiratete dessen Tochter Hanne Dibbern.

Beide haben Marne bald verlassen. Philipp Scheidemann, der seit 1883 SPD-Mitglied war, machte eine politische Blitzkarriere. Schon 1903 war er Mitglied der SPD-Fraktion im Berliner Reichstag und 1912 avancierte er zum ersten sozialdemokratischen Vizepräsidenten des Parlaments. Dem SPD-Parteivorstand gehörte er von 1911-1920 an. Für die Geschichtsbücher wurde Scheidemann durch sein Verhalten im November 1918 interessant: Am 4.11.1918 forderte er für den SPD-Partei-

vorstand den Rücktritt Kaiser Wilhelms II. Fünf Tage später verkündete Kanzler Max von Baden, in dessen Kabinett Scheidemann Staatssekretär ohne Geschäftsbereich war, die Abdankung des Kaiser und aller Hohenzollern. An diesem Tag saß Scheidemann mit Friedrich Ebert im Speisesaal des Reichstagsgebäudes. Als Scheidemann erfuhr, daß der Spartakusführer Karl Liebknecht vom Balkon des Hauses die Räterepublik ausrief, ergriff er sofort selbst die Initiative. Er begab sich sofort an ein Fenster und rief vor Tausenden die parlamentarische Demokratie aus: „*Es lebe die deutsche Republik.*“

Im Jahre 1919 wurde Philipp Scheidemann, der Mann, der etwa 30 Jahre vorher als angetrunkener Schriftsetzer in Marne auf einer Regentonne stand, um einen Nachtopf an ein Werbeschild zu binden, Reichsministerpräsident der Weimarer Republik. Aus Protest gegen den Versailler Vertrag trat er jedoch noch im Juni desselben Jahres zurück. Bis 1933 die Nazis an die Macht kamen war er Reichstagsabgeordneter und Bürgermeister seiner Heimatstadt Kassel. Philipp Scheidemann mußte Deutschland verlassen und gelangte über Prag, die Schweiz, Frankreich und Amerika nach Kopenhagen. Hier starb er – die Nazis hatten ihn bereits 1933 ausgebürgert – am 29. 11.1939.

Frank Trende

Marius Tofte (1894–1970)

Die Landarbeiterbewegung Schleswig-Holsteins ist eng mit dem Namen Marius Tofte verbunden.

Arbeit, fast ohne Anfang und Ende prägte das Leben von Landarbeitern – einer Berufskategorie, die heute fast ausgestorben ist. Vor 100 Jahren aber gab es viele Landarbeiter auf den Gutshöfen und in den Großbauernwirtschaften im Westen und Osten Schleswig-Holsteins. Auch in der Weimarer Republik, der ersten deutschen Demokratie, hatten sich die Lebensbedingungen der Landarbeiter – der 10-Stunden-Arbeitstag, die geringe Entlohnung und die beengten und unhygienischen Wohnverhältnisse – gegenüber dem 19. Jahrhundert kaum verändert. Sie sind wohl nirgendwo eindrucksvoller beschrieben worden als im autobiographischen Bericht von Franz Rehbein: „*Das Leben eines Landarbeiters*“.

M. Tofte war zeit seines Lebens mit der Verbesserung dieser Lebensbedingungen von Landarbeitern beschäftigt.

Er wurde 1894 in Flensburg geboren und trat schon sehr früh nach seiner Ausbildung zum Gärtner den freien Gewerkschaften bei. Als Soldat verletzt aus dem Ersten Weltkrieg zurückgekehrt, engagierte er sich in der SPD, nachdem er die KPD, der er für kurze Zeit beigetreten war, wegen ihrer putschistischen Aktionen verlassen hatte.

1923 übernahm Tofte die Leitung des Deutschen Landarbeiterverbandes in der preußischen Provinz Schleswig-Holstein. Diese Gewerkschaft – sie war 1908 überhaupt erst durch die preußische Regierung geduldet worden – hatte in den Anfangsjahren der Weimarer Republik 1918-20 starken Zulauf durch Landarbeiter erhalten. Sie stand aber wegen der schnellen

Geldentwertung im Jahre 1923 vor hohen finanziellen Belastungen. In dieser Situation übernahm Marius Tofte keine leichte Aufgabe, denn die gewerkschaftliche Organisation im ländlichen Raum war keineswegs soweit entwickelt wie in den städtischen Industrieregionen. Das geringe Lohnniveau bei den Landarbeitern bedingte letzten Endes auch den ständigen materiellen Überlebenskampf ihrer Gewerkschaft. Dies waren aber nicht die hauptsächlichen Probleme der damaligen Zeit. Trotz schrittweiser Modernisierung in der Landwirtschaft waren in Schleswig-Holstein wie auch in anderen gutswirtschaftlich geprägten Gegenden soziale Strukturen des 19. Jahrhunderts nicht aufgebrochen worden. In Preußen, dem größten Land der Weimarer Republik, waren die zahlreichen Gutsbesitzer in ihren Gutsbezirken automatisch auch Amtsvorsteher mit polizeilicher Vollzugsgewalt und konnten daher leicht ihren patriarchalischen Herrschaftsanspruch beibehalten.

Die Arbeit des Deutschen Landarbeiterverbandes hat Marius Tofte bis zum Ende der Weimarer Republik 1933 mit Erfolg geleitet: Die Tarife konnten graduell angehoben, die Wohnsituation durch Siedlungsbau verbessert und das verwaltungsrechtliche Relikt des Kaiserreichs, der Gutsbezirk, durch kommunale Selbstverwaltung abgelöst werden. 1933 und 1934 wurde Marius Tofte wiederholt von der Gestapo verhaftet und im provisorischen KZ Glückstadt interniert. Die Nationalsozialisten warfen ihm subversive Zusammenarbeit mit NS-Gegnern vor. Schließlich wurde er wegen körperlicher Schwäche entlassen, war aber wegen der durch die Haft entstandenen Krankheiten nicht mehr in der Lage, einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen. Seiner Familie war durch die Nationalsozialisten Anspruch auf jegliche Unterstützung – auch aus früheren Versicherungen der aufgelösten Gewerkschaften – versagt worden. Um das Elend zu beenden, eröffnete die Ehefrau Toftes, Anna Tofte, auf dem Kieler Wochenmarkt einen Gemüsestand. Schließlich war M. Tofte körperlich soweit wiederhergestellt, daß er hier beim Verkauf helfen konnte. Auf diese Weise – viele Sozialdemokraten kauften bewußt an diesem Stand ein – überstand die Familie zumindest die größte Existenznot. Der Stand entwickelte sich bald zum Treffpunkt und zur Nachrichtenzentrale von NS-Gegnern. Doch die Zeichen der Schwäche und der frühzeitigen Alterung, die durch die damaligen Zustände verursacht worden waren, ließen sich nicht übersehen.

Marius Tofte begann nach 1945 seine Arbeit wieder dort, wo er sie 13 Jahre vorher hatte abbrechen müssen: Er organisierte den Aufbau von Gewerkschaften im ländlichen Raum. Bis 1965 war er Vorsitzender der Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten im Bezirk Nordmark. Da der Strukturwandel in der Landwirtschaft neue soziale Probleme mit sich zog und Tofte in der Bundesrepublik einen Staat mit größeren Mitwirkungsmöglichkeiten als in der Weimarer Republik sah, wandte er sich neben seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit auch anderen, umfassenderen Fragen zu. Tofte war lange Zeit im Vorstand der „Agrarsozialen Gesellschaft“ und der Landwirt-

schaftskammer Schleswig-Holstein tätig. Wie viele Sozialdemokraten trug Tofte die Entwicklung der SPD von der Klassen- zur Volkspartei aktiv mit: Er war 1959 überzeugter Anhänger des Godesberger Programms. Marius Tofte starb 1970.

Rolf Schulte

Gertrud Völcker (1896–1979)

Gertrud Völcker wurde am 27. Oktober 1896 in Hamburg geboren. 1909 kam sie mit der Familie nach Kiel.

Nach Beendigung der Volksschule besuchte sie ein halbes Jahr die Fortbildungsschule (Vorläuferin der Berufsschule) und anschließend ein Jahr die private Handelsschule. Ihr Vater, der Lokführer war und noch einige weitere Kinder zu versorgen hatte, bestand dennoch auf dieser Ausbildung seiner Ältesten, was ihn monatlich zehn Goldmark kostete. Nach ihrer Ausbildung arbeitete Gertrud als Kontoristin und ab dem 1. Februar 1915 als Angestellte im Arbeiter-Sekretariat der freien Gewerkschaften in Kiel. Das Arbeiter-Sekretariat war eine Rechtsauskunftsstelle.

Mit der Arbeit in dieser Stelle begann für Gertrud ein neuer Lebensabschnitt. Sie hat es auch selbst so empfunden und es in ihren Lebenserinnerungen als eine sehr prägende Zeit gewürdigt. Ihr Schreibtisch stand in der Arbeiter-Zentral-Bibliothek, und voller Wissensdurst nutzte sie jede freie Minute zur Lektüre. Die dadurch erworbenen Kenntnisse und ihr gleichzeitiger Eintritt in die Arbeiterjugend führten sie in die sozialistische Gedankenwelt ein, der sie sich bis zu ihrem Tode verbunden fühlte.

Im November 1918 trat sie in die SPD ein. Im Laufe der nächsten Jahre wurde sie Mitglied bei den Arbeitersamaritern, bei den Kinderfreunden. Sie war vor 1933 für einige Jahre erste Vorsitzende der Kinderwohlfahrt, die eine Arbeitsgemeinschaft der 1923 in Kiel gegründeten sozialistischen Kinderfürsorge war. Ferner war sie Mitglied in der Arbeiterwohlfahrt (gegründet 1921), der Gewerkschaft, dem Konsum und der Freien Turnerschaft.

Nachdem sie im Winter 1920/21 einen Sonderlehrgang in der Sozialen Frauenschule Hamburg absolviert hatte, wurde sie Familienfürsorgerin bei der Stadt Kiel. Gertrud Völckers Schwerpunkt war die Jugendfürsorge im Arbeiterviertel Gaarden. Ab 1924 leitete sie zusammen mit ihrem Mann Hans Völcker, den sie in der Arbeiterjugend kennengelernt hatte, das städtische Jugendheim im Werftpark – bis 1933 das nationalsozialistische Regime eine Weiterarbeit unmöglich machte.

Von 1928 bis 1933 war Gertrud Völcker Stadtverordnete in Kiel. Einer Verhaftung durch die Nazis entging sie nur dadurch, weil ihre Genossin Emma Drewanz, die zur gleichen Zeit wie sie im Stadtparlament gewesen war, bei ihrer Verhaftung Gertrud als „unpolitisch“ charakterisiert hatte. Mit ihrem Mann zusammen behielt sie jedoch engen Kontakt zu einigen Genossen, mit denen auch kleinere Widerstandsaktionen durchgeführt wurden – Weitergabe von Flugblättern etc. 1944

Literatur: Gertrud Völcker: Erinnerungen I bis III. Ms. Manuskript. Kiel 1959. Einsehbar im Stadtarchiv Kiel und im Archiv des Landesverbandes der Arbeiterwohlfahrt in Kiel.

Fragebogen von Gertrud Völcker, ausgefüllt am 18.7.1949. Archiv der sozialen Demokratie in Bonn.

wurde sie im Rahmen einer Verhaftungswelle nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli in „Schutzhaft“ genommen. Gertrud Völcker verbrachte mehrere Wochen im Kieler Polizeifängnis.

Nach dem Krieg gehörte Gertrud Völcker zu den ersten, die in Kiel und Schleswig-Holstein mit dem Wiederaufbau der sozialdemokratischen Organisationen begannen. So gehörte sie dem ersten Kreisvorstand der Kieler SPD nach 1945 an und war bis 1946 Beauftragte für Frauenarbeit der SPD Schleswig-Holstein. Am 6.12.1946 wurde sie von der Militärregierung für das Kieler Stadtparlament ernannt und dann auch von der SPD in das erste gewählte Parlament entsandt. Ihre eigentliche Aufgabe fand sie jedoch im Wiederaufbau der Arbeiterwohlfahrt auf Landesebene. Gertrud wurde die erste Landesvorsitzende, ein Amt, das sie von 1945 bis 1959 wahrnahm. Annschließend war sie noch zweite Vorsitzende bis 1961. Ihre Arbeit in diesem Bereich kann im Rahmen einer Kurzbiographie nicht erschöpfend gewürdigt werden – am besten liest der Interessierte einmal selbst Gertruds Erinnerungen, die sehr kenntnisreich vermitteln, welche Not in Schleswig-Holstein nach 1945 zu bewältigen war, und welchen Anteil Gertrud Völcker dabei hatte. Mit ihrem Einsatz, ihrem Mit-Fühlen und Mit-Leiden und der inneren Verbundenheit zur Arbeiterbewegung hat sie einen bleibenden Platz in der Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung erworben.

Gertrud Völcker starb am 26.4.1979.

Inge Klatt

Hugo Otto Zimmer (1882–1948)

Am 31. Mai 1919 trat der Sozialdemokrat Hugo Otto Zimmer das Amt des Gemeindevorstehers in Besenhorst an. Der damals 37jährige Verlagsbuchhändler mag es als eine persönliche Herausforderung betrachtet haben, die Geschicke der Arbeitergemeinde Besenhorst zu einem Zeitpunkt in die Hand zu nehmen, an dem der wirtschaftliche Niedergang der Gemeinde durch die Schließung der Pulverfabrik Düneberg bereits abzusehen war. Sein besonderes Engagement für die politischen Ziele der Sozialdemokratie, eine absolute Mehrheit der Sozialdemokraten in der Gemeindevertretung und seine kommunalpolitischen Erfahrungen, die er als Gemeindevertreter im benachbarten Wentorf hatte sammeln können, werden ihn in seinem Entschluß bestärkt haben.

Hugo Otto Zimmer hat sein Amt als hauptamtlicher Gemeindevorsteher bis zum Jahr 1933 wahrgenommen; ab 1928 war er allerdings nur noch kommissarisch in der neu gebildeten Gemeinde Düneberg eingesetzt, die aus dem ehemaligen Gutsbezirk gleichen Namens und der Ortschaft Besenhorst gebildet worden war. Als Verwaltungschef und Kommunalpolitiker galt sein Engagement vor allem den vielen beschäftigungslosen Arbeitern in seiner Gemeinde. Für sie und ihre Familien hat er Großes geleistet. Angefangen bei einer Zusammenfassung der dörflichen Schulen in einem Gebäude, um eine für alle Kinder

gleiche Schulausbildung zu gewährleisten, über den Bau erschwinglicher Wohnungen bis hin zu beispielhaften Einrichtungen der sozialen Fürsorge. Zu nennen sind ebenfalls Einrichtung einer Krankenpflegestation, Einstellung einer Fürsorgeschwester und einer Hebamme, Mütterberatung, kostenlose Schularztuntersuchungen, Gefährdetenfürsorge, unentgeltliche Milchlieferungen für die Schulkinder und Winterbeihilfen für die Arbeitslosen in den Krisenzeiten der Weimarer Republik.

Hugo Otto Zimmer war aber nicht nur Kommunalpolitiker, sondern auch überzeugter Sozialdemokrat. Das Aufblühen des sozialdemokratischen Ortsvereins Besenhorst ab dem Jahr 1919 ist im wesentlichen auf ihn zurückzuführen. Der Heranführung der jungen Generation an die politischen Ideale der Sozialdemokratie, der politischen Emanzipation der Arbeiterfrauen und der Bildung der Arbeiterbevölkerung in seiner Gemeinde galten sein Interesse. Sitzungen der Jungsozialisten fanden in den ersten Jahren seines Wirkens in seiner Wohnung in Besenhorst statt, unter dem Einfluß seiner Ehefrau Wilhelmine Offer-Zimmer entwickelte sich die SPD-Frauengruppe zu einer aktiven Arbeitsgemeinschaft innerhalb des Ortsvereins. Zur Hebung des Bildungsstandes der Arbeiter schuf er eine Volksbücherei, organisierte Vortragsabende und Theaterveranstaltungen.

Hugo Otto Zimmer war aber auch über die Ortsgrenzen hinaus aktiv in der Parteiarbeit tätig. In vielen Orten der Kreise Lauenburg und Stormarn war er wegen seines scharfen Verstandes und seiner rednerischen Begabung ein gern gesehener Referent bei Parteiveranstaltungen. Die Bildung der Kreisarbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratie im Kreis Lauenburg war mit auf seine Initiative zurückzuführen. In späteren Jahren organisierte er Schulungstage für Kommunalpolitiker aus dem südlichen Teil des Kreises Lauenburg. Im Jahre 1926 wurde er bei einer Nachwahl als sozialdemokratischer Vertreter in den Provinziallandtag gewählt.

Leider war es diesem fähigen und engagierten Mann nicht beschieden, an seiner Wirkungsstätte noch zu Lebzeiten eine dauerhafte Anerkennung für seine Leistungen zu finden. Wegen seiner jüdischen Abstammung wurden in den letzten Jahren der Weimarer Republik vom Besenhorster Nazipöbel Kübel von Schmutz über ihn ausgeschüttet. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme stellte er sein Amt zur Verfügung und mußte nun erleben, daß ihm Mißwirtschaft mit öffentlichen Geldern vorgeworfen wurde. Dieses wurde zwar nie bewiesen, die Willkür der Nazis in der Auslegung des Rechts und ihre Abneigung gegen den jüdischen Sozialdemokraten reichten aber aus, ihn aus der Gemeinde Düneberg zu vertreiben und ihm jeden Anspruch auf ein Ruhegehalt abzusprechen.

Die letzten bekannten Aktenstücke über Hugo Otto Zimmer stammen aus dem Jahr 1936. Zu dieser Zeit lebte er in Berlin-Britz. Wie und wo er die folgenden Jahre der Nazi-Diktatur überlebt hat, ist nicht bekannt. Von 1945 bis 1948 war er

Mitarbeiter der Kommunalabteilung im SED-Zentralsekretariat in Ost-Berlin. 1948 ist er verstorben. Die Stadt Geesthacht, zu der Düneberg heute gehört, hat ihn viele Jahre später durch die Benennung einer Straße mit seinem Namen geehrt.

Wolfgang Blandow

Heinrich Wienecke (1881?–1959)

Der Maurergeselle Heinrich Wienecke aus Bremen kam ca. 1907 nach Tondern. Über sein Leben vor dem Ersten Weltkrieg ist nicht viel bekannt, es ist z. B. unklar, ob er 1881 oder 1887 geboren wurde. Ebenfalls ist unbekannt, ob er schon vor seiner Zeit in Tondern gewerkschaftlich oder politisch organisiert war. Jedenfalls wurde aber 1907 in Tondern ein Lokalverband des Zentralverbandes der Maurer gegründet, und noch im selben Jahr (am 11. November) ein Ortsverein der SPD, in dessen 18 Mann großen Vorstand Heinrich Wienecke gewählt wurde. Darüber hinaus ist bekannt, daß er eine Tonderin heiratete.

Da Wieneckes Vater amerikanischer Staatsbürger war, wurde sein Sohn bei Kriegsausbruch als Staatenloser anerkannt und somit nicht Soldat. Anscheinend war er während des Krieges nicht in Tondern. Anfang Oktober 1918 kam Wienecke jedoch nach Tondern zurück. Es scheint, daß er eine zielbewußte Agitation einleitete, die Sozialdemokraten und Gewerkschafter kontaktierte, wie auch Verbindung zu den Mannschaften der Tonderner Kaserne aufnahm. Es war daher kein Wunder, daß schon am 6. November 1918 mitgeteilt werden konnte, daß der Arbeiter- und Soldatenrat die Macht in Tondern übernommen hatte. Wienecke wurde Beigeordneter des Landrates und später auch Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates. In den nächsten 1 1/2 Jahren wurde er die führende Kraft der Arbeiterbewegung in dieser Region, als Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates, als Redakteur der Zeitung „Der Freie Arbeiter“ und offenbar auch als Vorsitzender des Gewerkschaftskartells.

Es wird vermutet, daß sich Wienecke auf Grund von Noskes Politik von der SPD distanzierte, jedenfalls galt er bei den Bürgerlichen eindeutig als Spartakist. Er wurde im November 1918 auch nicht wieder in den Vorstand der SPD gewählt. Aber es kann kein Zweifel daran geben, daß Wienecke weiterhin Mitglied der SPD war. So war er z. B. Mitglied der Delegation nordschleswigscher Arbeitervertreter, die im März 1920 in Kopenhagen mit der dänischen Sozialdemokratie über die kommende Zusammenarbeit zwischen den nordschleswigschen Arbeiterorganisationen und der dänischen Partei verhandelte. Vor allem aber war er Redakteur der Zeitung „Der Freie Arbeiter“, die ab 1919 in Tondern erschien und sich unter seiner Leitung zu einer Tageszeitung entwickelte. Es scheinen nur noch ganz wenige Nummern dieser Zeitung zu existieren, so daß man nicht weiter verfolgen kann, wie Wienecke sich äußerte. Aber die Zeitung war ganz eindeutig ein Organ der MSPD, so daß klar war, daß Wienecke zu dieser Zeit kein

Spartakist war. Er stand jedoch ebenso eindeutig auf dem linken Flügel der Partei und war führend an dem Generalstreik im April 1920 beteiligt, der für immerhin neun Tage Nordschleswig lähmte. Aber das Bürgertum sah jetzt eine Möglichkeit, ihn abzuschieben. Nordschleswig befand sich zu dieser Zeit in einer Übergangsphase, wo es zwar schon eine dänische Polizei, aber noch keine Gerichtsbarkeit gab. Die Gelegenheit wurde genutzt, Wienecke und eine ganze Reihe anderer Arbeiterführer aus Nordschleswig auszuweisen. Einige wenige dieser Ausweisungen wurden später aufgehoben, jedoch nicht die Wieneckes, was später wieder eine Rolle spielte. Die Revolution und der Einsatz Wieneckes mögen dazu beigetragen haben, daß in Tondern eine vergleichsweise starke lokale Organisation der Kommunistischen Partei Dänemarks entstand – bekanntlich wurde einer der zwei ersten kommunistischen Folketingsabgeordneten 1932 in Nordschleswig gewählt. Auch dieses hing mit Wieneckes späterer Tätigkeit zusammen.

Es ist nicht ganz klar, was Wienecke nach der Ausweisung machte. Vermutlich zog er mit seiner Zeitung „Der Freie Arbeiter“ nach Husum (die Zeitung wurde dort bis 1923 herausgegeben). Wahrscheinlicher ist aber, daß er nach einiger Zeit nach Hamburg zog und sich dort der USPD anschloß. Mit der USPD-Mehrheit ging er zur KPD. Es ist behauptet worden, daß er in Hamburg Thälmann kennenlernte und dies dazu beigetragen habe, daß er zeitweise auch Aufgaben für die Komintern übernahm.

Auf jeden Fall kam Heinrich Wienecke (unter dem Decknamen Johansen) Ende Dezember 1929 nach Kopenhagen, um im Auftrag der Kommunistischen Internationale die Kommunistische Partei Dänemarks zu beraten. Dieser Aufenthalt dauerte nur ein halbes Jahr, weil Wienecke von der Polizei aufgegriffen und auf Grund der seinerzeitigen Ausweisung einfach abgeschoben wurde. Wienecke war offensichtlich ein Vertreter der damals vorherrschenden ultralinken Tendenz, aber es gelang ihm offensichtlich, die hoffnungslos zerstrittene Partei auf einige wichtigere Aufgaben als Fraktionskämpfe zu orientieren. Die Fraktionskämpfe wurden allerdings auch nach Wieneckes Ausweisung weitergeführt (und noch 1976 erhob Kai Moltke verleumderische Anklagen gegen Wienecke: u. a. er sei nazistischer Volksrichter im Bezirk Wasserkante gewesen).

Tatsächlich wurde Wienecke von den Nazis verhaftet und war im KZ, wie lange ist derzeit ungewiß. Nach der Befreiung verzog er in die DDR. Obwohl die Ausweisung gegen ihn nie aufgehoben wurde, besuchte er noch mehrmals nach dem Krieg illegal seine Familie in Tondern. Er starb 1959 in Eisleben, seine Urne wurde nach Hamburg überführt.

Heinrich Wienecke war eine interessante Persönlichkeit. Es wäre eine lohnende Aufgabe, eine Biographie über ihn zu schreiben, weil sein Lebenslauf für eine Generation von Aktivisten der Arbeiterbewegung nicht untypisch ist.

Gerd Callesen

